

27/1999

Wolfgang Schäuble:

# Neue Chancen für eine bessere Politik

Es ist heute das vierte Mal in diesem Jahr, dass wir nach Wahlen montags zusammentreffen: Anfang Februar nach der Landtagswahl in Hessen, nach der Bremer Bürgerschaftswahl am 6. Juni und nach der Europawahl am 13. Juni.

Das gestrige Wahlergebnis ist ein großer Erfolg unserer Freunde in Brandenburg unter der Führung von Jörg Schönbohm. Man muß sich vergegenwärtigen, wie schwierig die Ausgangslage der Brandenburger CDU in den Jahren seit der Wende in Deutschland ge-

**Pressekonferenz nach der  
Präsidiums- und  
Bundesvorstandssitzung am  
6. September in Berlin**

wesen ist, und damit vergleichen, wie geschlossen und kämpferisch die CDU jetzt auftritt, seitdem Jörg Schönbohm die Führung in Brandenburg und die Kandidatur für die Landtagswahl übernommen hat.

Die Brandenburger CDU hat einen starken Wahlkampf geführt und ein unerwartet gutes Ergebnis für Brandenburg erreicht. Mit diesem Wahlergebnis, das überwiegend die Leistung von Jörg Schönbohm ist, hat die SPD

Fortsetzung auf Seite 3

## HEUTE AKTUELL

### ● Landtagswahlen

Generalsekretärin Angela Merkel: Wahlen kann man nur gegen Schröder gewinnen. Seite 2

### ● Brandenburg

Jörg Schönbohm: Programm für die Zukunft – im Interesse Brandenburgs. Seite 6

### ● Saarland

Peter Müller: Die Wähler haben sich von uns auch bittere Wahrheiten sagen lassen. Seite 8

### ● Wahlanalyse

Die wesentlichen Bestimmungsgründe für die Wähler in Brandenburg und im Saarland. Seite 10-16

### ● Dokumentation

Die Wahlen im Saarland und in Brandenburg. Die vorläufigen amtlichen Endergebnisse. Grüner Teil

### ● UiD Extra

Schleswig-Holstein: Die schulpolitischen Leitlinien der CDU für das Jahr 2000 und danach. Innenteil

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Wahlen kann man nur gegen Schröder gewinnen

**Angesichts der Gewinne der Christdemokraten bei den Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland sprach Generalsekretärin Angela Merkel von einem „guten Tag für die Partei“. Erneut habe die CDU bei den Landtagswahlen einen großen Sieg errungen.**

Dies zeige einen sichtbaren „Aufwärtstrend der CDU und einen Abwärtstrend der Sozialdemokraten sowie einen großen Protest gegen die Politik Gerhard Schröders“. Schon die ersten Hochrechnungen seien Zeichen dafür gewesen, dass die Menschen wieder Vertrauen in die bürgerlichen Kräfte hätten.

Die CDU hat im Saarland sowie in Brandenburg deutlich dazu gewonnen. Im Saarland hat es sogar für einen Regierungswechsel gereicht. In Brandenburg hat die SPD fast 15 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt und damit die absolute Mehrheit verloren. Angesichts der im Saarland für die SPD noch relativ geringen Verluste von ca. 5 Prozent bemerkte Merkel:

„Wahlen kann man zurzeit nur gegen Schröder gewinnen.“

Allerdings hätte der Verlauf der Wahlkämpfe in Brandenburg und besonders im

Saarland gezeigt, dass die dortigen SPD-Spitzenkandidaten vergeblich versucht hätten, „einen Wahlkampf gegen Schröder“ zu machen. 90 Prozent der Bevölkerung hätten mit ihrer Stimme gegen die SPD eine Stimme gegen Kanzler Schröder erteilt.

Schwere Vorwürfe machte Angela Merkel dem brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Er sei für die schlechte Stimmung bei vielen Menschen in Brandenburg verantwortlich und habe damit zum Erfolg der rechtsextremen DVU beigetragen.

Angela Merkel dankte dem brandenburgischen CDU-Spitzenkandidaten Jörg Schönbohm und Peter Müller, dem saarländischen Herausforderer, für ihren unermüdelichen Einsatz für die CDU insgesamt.

Das schlechte Abschneiden der FDP wollte die Generalsekretärin nicht als deren Untergang werten. Vielmehr sei die FDP besonders dann stark, wenn sie für einen Wechsel hin zum bürgerlichen Lager gebraucht werde. Die heutigen Wahlen seien jedoch im Wesentlichen zwischen CDU und SPD ausgemacht worden. ■

## Der Bundesrat ist kein Blockadeinstrument

Bundesratspräsident Roland Koch geht davon aus, dass die neuen Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer nicht dazu führen, ein Blockadeinstrument für Gesetzesvorlagen zu werden. Bundeskanzler Schröder müsse nach den Wahlniederlagen der Sozialdemokraten in Brandenburg und im Saarland von „seinem hohen Roß heruntersteigen und zu Verhandlungen bereit sein“, sagte der hessische Ministerpräsident im ZDF-Morgenmagazin.

*Fortsetzung von Seite 1*

mit Herrn Stolpe rund 15 Prozent und die absolute Mehrheit verloren. Die CDU ist jetzt mit klarem Vorsprung zweitstärkste politische Kraft in Brandenburg. Dieser Erfolg macht Mut für die weitere Arbeit.

Das Wahlergebnis im Saarland ist eine großartige Leistung der saarländischen CDU und von Peter Müller im besonderen. Mit einem sehr mutigen, sehr modernen und nach vorne gerichteten Wahlkampf hat die CDU die absolute Mehrheit gewonnen und die Mehrheit der SPD gebrochen: ein großer Erfolg für das Saarland und eine große Chance für die Union.

### **Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von CDU und CSU**

Natürlich ist auch dieses Wahlergebnis bundespolitisch mitbegründet. Daran gibt es keinen Zweifel, und wir sind uns einig, dass die gemeinsame Arbeit von CDU und CSU in den letzten Monaten mit zu dem guten bundespolitischen Umfeld beigetragen hat.

Es ist aber auch keine Frage: Das Ergebnis in Brandenburg und im Saarland ist eine katastrophale Niederlage für Herrn Schröder, für die SPD, für die rot-grüne Bundesregierung. Die Menschen in Deutschland haben ihr Vertrauen zu Schröder, zu seiner Regierung, zur SPD und zu Rot-Grün auf dramatische Weise verloren. Insbesondere die Wählerinnen und Wähler in Brandenburg haben offensichtlich gespürt, dass diese Bundesregierung keine Politik macht, die der Überwindung der Folgen von Teilung und Sozialismus weiterhin Vorrang einräumt. Das Versprechen, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen, hat sich als Drohung herausgestellt, und die Menschen haben es auch so empfunden.

Natürlich sind wir traurig, dass die DVU – wenn auch knapp – den Einzug in den brandenburgischen Landtag geschafft hat. Man muß aber eine Sekunde lang darüber

nachdenken, warum die Rechtsradikalen im vergangenen Jahr – wie in Sachsen-Anhalt so jetzt wieder in Brandenburg – ihre Bemühungen ganz gezielt auf einzelne Bundesländer konzentrieren, und zwar auf Bundesländer, in denen die SPD zusammen mit der PDS, aber auch alleine ganz besonders schlechte Ergebnisse ihrer Politik vorzuweisen hat. Die Rechtsextremen setzen – und das leider nicht ohne Grund – auf die Unzufriedenheit der Bürger mit der miserablen roten Politik insbesondere im Osten Deutschlands.

Rechtsextreme wird man deshalb am wirkungsvollsten durch bessere Politik in Ostdeutschland bekämpfen und ganz sicher nicht dadurch, dass man das Brandenburger Wahlergebnis als etwas spezifisch Ostdeutsches ansieht und auf diese Weise unangemessen dramatisiert.

Für die CDU sind die gestrigen Wahlerfolge eine wichtige Etappe unserer politischen Arbeit. Jede Wahl hat ihre eigene Bedeutung. Aber jede gewonnene Wahl macht uns gemeinsam stärker und erleichtert unsere Arbeit für die Menschen in diesem Land. Daran ändern auch die Angriffe des SPD-Vorsitzenden nichts, der nicht nur der Verlierer dieser Wahlen ist, sondern sich vor laufenden Fernsehkameras auch als schlechter Verlierer erwiesen hat.

### **Mit Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit**

Wir bleiben die große Kraft der politischen Mitte. Wir setzen Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit dem Chaos und der Unglaubwürdigkeit der rot-grünen Regierung entgegen. Denn wir sind davon überzeugt, dass nur eine Politik der Mitte und Verlässlichkeit Voraussetzung für notwendige Reformen und für Innovationen in unserem Land ist.

Peter Müller ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Er hat in dem bergbaustrukturierten Land an der Saar mit einer Politik die Mehrheit gewonnen, die den Strukturwan-

del fordert. Er hat damit bewiesen, daß sich mit Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Veränderungen in diesem Land durchsetzen lassen.

Wir werden unsere gestärkte Position in Deutschland auch im Bundesrat nutzen: nicht um Obststruktionspolitik zu treiben – das ist nicht unsere Sache. Was Schröder, Lafontaine und Eichel betrieben haben, werden wir nicht nachahmen. Wir werden die Regierung unter den Druck der besseren Alternative setzen und damit unseren Beitrag leisten, die schwersten Fehler der Schröder-Politik zu verhindern und wieder Vernunft zum Zuge kommen zu lassen.

## Wir brauchen eine echte Steuerentlastung

Dazu einige Beispiele: Was den Bundeshaushalt im Jahr 2000 und die mittelfristige Finanzplanung betrifft, gibt es in der Union nur eine Meinung. Natürlich ist die Rückführung der öffentlichen Ausgaben notwendig. Wir haben diese Politik in den vergangenen Jahren gemacht, und nur die Boykottpolitik von Schröder, Lafontaine und Eichel hat Erfolge dieser Politik verhindert. Wenn es aber um Sparhaushalte geht, dann darf man keine Verschiebebahnhöfe einrichten, das heißt: den Bundeshaushalt entlasten und die Ausgaben den Ländern, den Kommunen, den Sozialversicherungsträgern zuschieben. Das wäre keine echte Entlastung bei der Steuer- und Abgabenzahlung, brächte uns wirtschaftlich nicht voran und würde die schlechte Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht brechen.

Wer Sparpolitik langfristig durchsetzen will, wird um eine Reform der Sozialhilfe nicht herumkommen, z.B. auch nicht darum, das Zwei-Milliarden-Programm zur angeblichen Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu überdenken, das ich schon im Frühjahr kritisiert habe. Wenn die Regierung Positionen sucht, wo sie sinnlos Geld ausgibt, dann wird sie auch

auf solche Positionen stoßen. Es gibt genug falsche Impulse ohne jede Wirkung. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ist beispielsweise in den Planungen der Bundesregierung generell überfinanziert – wo man doch weiß: Wenn man der Bundesanstalt für Arbeit Geld zur Verfügung stellt, wird es auch generell ausgegeben und trägt zur Sparsamkeit nichts bei.

Was die Steuerreform betrifft, fordern wir Steuerentlastungen und einen ersten Schritt zum 1. Januar 2000. Man muß nach dem Sommertheater immer wieder daran erinnern: Was der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für richtig hält, also eine Steuerreform, die diesen Namen verdient, hat der Deutsche Bundestag bereits beschlossen, und es wäre heute Gesetz, wenn es der Bundesrat mit Schröder, Eichel und den anderen nicht blockiert hätte.

Es bleibt deshalb richtig: Eine Steuerreform, wie die Bundesregierung sie vorsieht, die nur die Kapitalgesellschaften entlastet, aber den Mittelstand zusätzlich belastet, die Einkommensteuerpflichtige, Selbständige stärker belasten will als körper-schaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaften, wird die Unterstützung der Union unter gar keinen Umständen finden. Wir brauchen eine Entlastung für alle und insbesondere eine Stärkung des Mittelstands.

## Zwei-Klassen-Medizin

In der Gesundheitsreform, um auch dieses Beispiel zu nennen, vertreten wir den Standpunkt: Wenn das Gesundheitssystem bei tragbaren Beiträgen erhalten bleiben soll, dann kommt man um eine sozial zumutbare Eigenbeteiligung der Patienten nicht herum. Die Pläne der Regierung Schröder führen zwangsläufig zu einer Zwei-Klassen-Medizin mit mehr Bürokratie und weniger sozialer Gerechtigkeit.

Was die langfristige Sicherung der Rente anbetrifft, dreht sich – einmal abgesehen von der kurzfristigen Manipulation der

Rentenbeitragsanpassung – die grundsätzliche Auseinandersetzung um die Frage: Will die Regierung Schröder, will Herr Riester weg von der dynamischen Rente hin zu einer steuerfinanzierten Einheitsrente? Wenn dessen Vorschläge und Diskussionsbeiträge überhaupt einen Sinn machen, dann soll es in diese Richtung gehen.

Wir als Union glauben: Der Generationenvertrag der dynamischen Rente muß erhalten bleiben. Aber er kann nur dann erhalten bleiben, wenn man die Altersentwicklung der Bevölkerung berücksichtigt, das heißt den demographischen Faktor in die Rentenformel einbaut. Man darf aber auf keinen Fall das machen, was man jetzt in den Zeitungen lesen kann und was in den Köpfen der politischen Linken herumspukt: die Altersgrenze weiter nach unten senken. Wenn der Generationenvertrag der Rentenversicherung bei steigender Lebenserwartung sicher und zukunftsfest gemacht werden soll, gehen Überlegungen

zu einer weiteren Absenkung des tatsächlichen oder gesetzlichen Rentenalters – mit welchen Tricks und Kniffen auch immer – in die falsche Richtung. Wir glauben, dass man mittel- und langfristig die Menschen eher an eine allmähliche Anhebung des Renteneintrittsalters gewöhnen muß.

## Ein guter Tag

Wir sind bereit, über all diese Fragen im Parlament, aber auch außerhalb des Parlaments Argumente auszutauschen, den Wettbewerb um die bessere Lösung anzutreten und Verantwortung zu übernehmen. Aber es muß klar sein, wohin die Richtung geht.

Ich glaube deshalb, gestern war nicht nur ein guter Wahltag für Brandenburg, für das Saarland und für die Union. Es war auch ein guter Tag für Deutschland, weil die Chancen, wieder langfristig berechenbare und verlässliche Politik in Deutschland zu machen, ein gutes Stück größer geworden sind.

## Auslandsstimmen

### Schwarzer Tag

*Es war das Stalingrad Gerhard Schröders, der schwärzeste Tag der deutschen Linken seit dem Sieg über Helmut Kohl vor fast einem Jahr. Bei den Landtagswahlen im Saarland und in Brandenburg haben die Wähler den Reformen und dem großen neoliberalen Plan eines 'Neuen Zentrums' eine schallende Ohrfeige verpasst, der Wende also, von der der Kanzler die Partei und die Gewerkschaften mit Mühe zu überzeugen sucht. Mit einem klaren Signal von nationaler Bedeutung fallen zwei rote Bastionen.*

La Repubblica, Rom

### Ohne Substanz

*Wäre Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht zufällig auch Chef der deutschen Sozialdemokraten, er könnte nach dem Wahldesaster der SPD im Saarland und in Brandenburg beruhigt eine seiner protzigen Kuba-Zigarren in Brand setzen. Dass eine neue Regierung im ersten Jahr versucht, unpopuläre Programme umzusetzen, und dafür regionale Verluste in Kauf nimmt, entspricht der Vernunft. Schröders Problem wird aber – und das dürften die Wähler erkannt haben –, dass hinter den bombastischen Ankündigungen keine Substanz steckt, dass sich der Bundeskanzler weder als großer Staatsmann noch als sozialpolitischer Reformier erwiesen hat.*

Die Presse, Wien

Jörg Schönbohm:

## Programm für die Zukunft – im Interesse Brandenburgs

**Die Brandenburger CDU hat drei Wahlziele erreicht: Wir wollten die absolute Mehrheit der SPD beenden, es hat einen Erdrutsch gegeben. Wir wollten über 25 Prozent bekommen, das haben wir erreicht, und wir wollten deutlich zweitstärkste Partei werden. Das Ergebnis hätten uns vor einem halben Jahr nur wenige zugetraut.**

Es sind zwei Faktoren zusammengekommen: der negative Bundestrend und parallel dazu die negative Leistungsbilanz der Landesregierung. Bei der Diskussion zu Beginn des Wahlkampfes ging es nur um die Landespolitik, in den letzten vier Wochen ging es sehr stark um die Bundespolitik.

Wir haben auf Sachthemen gesetzt und nicht auf Personen. Die SPD dagegen hat auf Personen gesetzt und Sachthemen vermieden. Von daher hatten beide Parteien unterschiedliche Ansätze. Und es hat sich gezeigt, dass Wahlkampf, der nur Personen in den Vordergrund stellt, nicht den gewünschten Erfolg hat.

Die Wahlbeteiligung mit 52 Prozent war außerordentlich gering und hängt damit zusammen, dass viele mit der SPD nicht einverstanden sind. Ohne diese Nichtwähler wäre das Ergebnis gegen die SPD vermutlich noch dramatischer gewesen.

Zur Wahlbeteiligung und den Ergebnissen will ich auf zwei Punkte hinweisen: Die SPD hat rund 147.000 Stimmen gegenüber der vorherigen Landtagswahl verloren, wir haben dagegen rund 92.000 Stimmen gewonnen. Das bedeutet: Hier hat ein Wähler austausch zu unseren Gunsten stattgefunden. Es hat sich auch gezeigt, dass die

Zustimmung zur Union bei den Jungwählern deutlich zugenommen hat. Das kann man nur damit erklären, dass der CDU die größere Zukunftskompetenz zugebilligt wird. Das war nicht immer so. Hier hat unsere an der Sache orientierte Arbeit eine wesentliche Veränderung bewirkt.

Zur DVU will ich nur sagen: Es wäre, glaube ich, falsch, dieses Thema auf die neuen Bundesländer zu beschränken. Wir haben in Deutschland in Parlamenten immer wieder rechtsradikale Parteien gehabt. Dass die DVU aber künftig in Brandenburg vertreten ist, hängt damit zusammen, dass es in Brandenburg ein größeres Pro-

**„Es liegt jetzt an der SPD, den nächsten Schritt zu machen. Wir sind bereit, über alles zu sprechen, jedoch nicht um jeden Preis.“**

testwähler-Potential als in Sachsen und Thüringen gibt. Dieses Potential wurde aktiv, und es ging nicht in erster Linie um die DVU als eigenständige Partei. Ob die SPD in der Lage ist, allein weiterzuregieren, war auch die Frage an die Protestwähler. Die SPD hat die Quittung bekommen. Wir werden uns mit der DVU in der Sache hart auseinandersetzen.

Uns ist immer vorgeworfen worden: Die DVU wird stark, weil wir kein Bündnis gegen Rechts machen. Wir haben immer gesagt: Wir machen sofort ein Bündnis – gegen Extremismus und Gewalt. Aber darauf konnten sich die beiden anderen Parteien nicht verständigen. Ich nehme an,

dass sie jetzt etwas nachdenklicher geworden sind, nachdem gestern abend eine Gruppe von 50 bis 70 Autonomen den Landtag stürmen wollte und ein Fahrzeug mit CDU-Beschriftung zerstört hat. Es ist an der Zeit, gemeinsam gegen Gewalt vorzugehen, egal wo sie herkommt – von rechts, von links oder ob sie als Jugendgewalt auftritt. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Zur Koalitionsfrage: Die SPD hat natürlich einen Schock. Sie braucht etwas Zeit, um nachzudenken. Aber nach dieser Phase des Nachdenkens kommt dann hoffentlich die Phase der Einsicht. Ich habe gestern abend bereits gesagt und möchte es hier wiederholen: Es geht um einen Pakt der Vergangenheit oder um ein Programm für die Zukunft. Pakt der Vergangenheit wäre die Verlängerung der Nostalgie, die Politiker der PDS pflegen, aber auch Teile der SPD.

Wir sind der Meinung, dass wir mit unserem Programm und unseren Aussagen zur PDS mit der SPD zu einer Regierung kommen können. Und wenn es dann um die Frage Bundesrat geht, kann ich nur sagen: Auch Herr Stolpe will die Brandenburger Interessen im Bundesrat vertreten. Wir wollen nichts anderes. Drüber braucht es keine großen Diskussionen zu geben. Probleme wird es nur dann geben, wenn die Parteiräson für die SPD wichtiger ist als die Wahrung Brandenburger Interessen.

Wir werden sehen. Es liegt jetzt an der SPD, den nächsten Schritt zu machen. Wir sind bereit, hierüber zu sprechen, jedoch nicht um jeden Preis. Wir haben unser Programm vor der Wahl vorgestellt. Es gilt auch nach der Wahl. In fünf Jahren, wenn wir uns dem Votum der Wähler wieder stellen, brauchen wir Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Daran werden wir weiter arbeiten.

## Pressestimmen

### Schröder siegt nicht mehr

*Der Brioni-Kanzler im Knitterlook, die Cohiba wird kalt. Schröder verliert das einzige, was die SPD an ihm mag: das Lächeln des Siegers. Für den Regieren-macht-Spaß-Kanzler vom vergangenen September wird der Job schon ein Jahr danach zur Marter. Die Bundesratsmehrheit ist geschmolzen wie Butter in der Spätsommersonne, und die Länder-Regenten werden ihm sein Sparpaket im Vermittlungs-Ausschuss zerpfücken. Der Koalitionspartner wird nicht mehr abnicken wie ein Wackeldackel. Die Sozis werden die lästigen Traditions-kompanien aufmarschieren lassen. Ersatz-Kanzler Scharping wird noch lauter denken: Ich bin bereit. Und Lafontaine, das „Schlossgespenst der SPD“ (Spiegel), wird rasseln mit den Ketten.*

*Die Kanzler-WG wird zur Stunksitzung. Schröder ist selbst Schuld: seine Politik ist ohne Kompass. Mal folgt sie linken Reflexen, wie bei Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, Gesundheit. Dann wieder gibt der Kanzler den Regier-ungsingenieur der neuen Mitte, beim Sparen und der Rente. Unter der Führung dieses Vorsitzenden ist die SPD nicht mehr in der Lage, ihre Existenz-frage zu beantworten: Was ist sozial?*

**Rheinische Post**

### Schröder vom Sockel gestürzt

*Mit dem Ausgang der Landtagswahlen im Saarland und in Brandenburg ist Bundeskanzler Gerhard Schröder vom Podest eines 'Weltmeisters des dritten Weges' gestürzt. Aus dem Siegertyp ist ein Politiker geworden, der wegen seiner unklaren Linie und seiner mageren Resultate immer stärker in Frage gestellt wird.*

**El Mundo, Madrid**

Peter Müller:

## Die Wähler haben sich von uns auch bittere Wahrheiten sagen lassen

Noch vor einem halben Jahr gab es viele, die erwartet haben, dass es nach der Landtagswahl im Saarland keine Koalitionsdebatten geben werde – allerdings mit Blick auf die SPD und deren Erfolg bei der Verteidigung ihrer absoluten Mehrheit.

Um zu ermessen, was seitdem im Saarland geschehen ist, muß man sich die Ausgangslage vergegenwärtigen. Bei der Bundestagswahl lag die CDU im Saarland um über 20 Prozentpunkte hinter der SPD, und erst recht hat uns niemand zum damaligen Zeitpunkt auch nur eine Chance gegeben, bei der Landtagswahl stärkste Partei zu werden, geschweige denn die absolute Mehrheit der Mandate zu erringen.

Dass das möglich war, hat aus meiner Sicht vor allem landesspezifische Ursachen. In allen Umfragen vor der Wahl hat die Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer für den politischen Wechsel votiert – nach fünfzehn Jahren absoluter Mehrheit der SPD. Ebenfalls lag die CDU in der Kompetenzzuweisung auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit vor der SPD, insbesondere bei den wichtigen Fragen Schaffung neuer Arbeitsplätze und Stärkung der Wirtschaftskraft.

Es ist uns gelungen, mit einem klaren Programm, das auch unangenehme Wahrheiten nicht verschwiegen, und mit einem attraktiven Personalangebot unsere Position so auszubauen, dass es für den knappen Sieg gestern gereicht hat. Und: Die saarländische CDU hat bei ihrem Personalangebot weder an den Landesgrenzen noch an den Parteigrenzen halt gemacht.

Als wir sagten, unser Ziel ist ein lebensfähiges Saarland ohne Steinkohlebergbau,

haben uns viele vorgehalten: Mit diesem Tabubruch im Blick auf die Tradition des Saarlands habt ihr eure letzten Chancen, erfolgreich zu sein, beseitigt. Es hat sich aber gezeigt: Die Wählerinnen und Wähler haben diese Wahrheit akzeptiert. Sie haben respektiert, dass wir diesen Weg der unbequemen Wahrheit gegangen sind. Und vor allem bei denjenigen, die in besonderer Weise mit dem Bergbau verbundene sind, haben wir zum Teil überproportionale Stimmengewinne erzielt.

Die Wahl im Saarland wurde noch einmal spannend, als die Sozialdemokraten ihre Strategie verändert haben. Sie haben auf

**„Wir werden uns im Bundesrat an den Interessen des Saarlands orientieren.“**

einmal nicht mehr über Landespolitik geredet, sondern nur noch über Bundespolitik.

Und das ist das zweite große Thema zur Erklärung des Wahlergebnisses. Natürlich ist das saarländische Wahlergebnis auch bundespolitisch beeinflusst. Natürlich hat das rot-grüne Durcheinander, das wir auf Bundesebene erleben, auf viele Bürger abschreckend gewirkt. Aber die SPD sah ihre Chance, die Landtagswahl im Saarland zu gewinnen, schließlich nur noch darin, die eigene Partei, die eigene Bundesregierung und besonders den eigenen Bundeskanzler zu beschimpfen.

Im Prinzip lautete die Botschaft der Sozialdemokraten und von Reinhard Klimmt: Die SPD macht schlechte Politik, deshalb SPD!

Heute kann man feststellen: Vor diesem Hintergrund haben sich gestern etwa 90 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer gegen die Politik von Gerhard Schröder ausgesprochen. Deshalb ist die CDU der Gewinner der Wahl. Der Verlierer aber trägt den Namen Gerhard Schröder.

Die Wahl ist im Saarland zu einem erheblichen Teil auch dadurch entschieden worden, dass wir überproportional bei den Jungwählern gewonnen haben. Wir haben dort Zuwächse in einer Größenordnung von 17 Prozent und sind jetzt stärkste Partei in dieser Wählergruppe. Das läßt für die Zukunft weiter hoffen.

### Attraktive Perspektiven

Dass Jugendliche immer häufiger den Weg zur CDU finden, liegt sicherlich daran, dass die CDU die erste Partei in Deutschland ist, die in besonderer Weise Zukunftsthemen anspricht und attraktive Perspektiven öffnet.

Ausschlaggebend für das Wahlergebnis war auch die Tatsache, dass die Grünen – in absoluten Zahlen – über die Hälfte ihrer Stimmen verloren haben und dass der größte Teil ihrer Stimmen – nach den Wählerwanderungsbilanzen, die uns vorliegen – zur CDU gegangen ist.

Das steht auch damit im Zusammenhang, dass in der Mannschaft der saarländischen CDU der Vorsitzende der größten saarländischen Naturschutzorganisation, der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes, Stefan Mörsdorf, mitgearbeitet hat.

Stefan Mörsdorf wird Regierungsverantwortung übernehmen. Auch damit dokumentieren wir, dass für die CDU der Anspruch, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und Ehrfurcht vor der Schöpfung Gottes in politisches Handeln umzusetzen, keine leeren Worte sind.

Wie wird sich das Saarland künftig im Bundesrat verhalten? Um es klar zu sagen: Wir werden im Bundesrat keine Funda-

### Zitat

*„So kurz war die Nacht gar nicht, ich habe mindestens 90 Minuten geschlafen.“*

**Der designierte saarländische Ministerpräsident Peter Müller zu den Feierlichkeiten nach dem Erfolg seiner Partei am Montagmorgen vor Journalisten in Berlin**

mentalopposition sein, wir werden im Bundesrat keine Blockadepolitik machen. Wir haben zu Recht die SPD unter der Führung von Lafontaine in der Vergangenheit immer kritisiert, wenn sie den Bundesrat zum Instrument ihrer Parteipolitik gemacht hat. Das werden wir nicht tun. Wir werden unser Abstimmungsverhalten im Bundesrat an der verfassungsrechtlichen Aufgabe des Bundesrates und an der Wahrnehmung der spezifischen Landesinteressen orientieren – mit der Folge, dass wir von Fall zu Fall über unser Abstimmungsverhalten entscheiden.

Eine letzte Bemerkung: Das Saarland ist von seiner Struktur her kein „christdemokratisches“ Land. Von den sozialen, von den gesellschaftlichen Strukturen her eher ein „sozialdemokratisches“ Land. Hinzu kommt, dass dieses Land in den vergangenen 15 Jahren systematisch in roten Beton gegossen worden ist und systematisch Abhängigkeiten geschaffen worden sind. Wenn es trotzdem möglich war, eine Mehrheit der Mandate für die CDU zu gewinnen, dann zeigt das: Die CDU ist im Moment überall in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitsfähig. Das macht natürlich Hoffnungen und weckt Erwartungen, insbesondere im Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen, im Blick auf die Kommunalwahl am nächsten Sonntag und die Landtagswahlen im nächsten Jahr. ■

# Das Wahlergebnis in Brandenburg und seine Bestimmungsgründe

Die Landtagswahl in Brandenburg vom 5. September 1999 führte zu erdrutschartigen Verlusten der SPD, die in der Geschichte der Bundesrepublik seit den 50er Jahren keine Parallele haben. Die SPD hat damit ihre absolute Mehrheit in Brandenburg klar verloren. Im Gegenzug konnten vor allem die CDU, aber auch PDS und DVU starke Stimmgewinne verbuchen.

Mit einem **Zweitstimmenanteil von 39,3 Prozent** (433 Tsd. Stimmen) verlor die SPD gegenüber 1994 14,8 Prozentpunkte (147 Tsd. Stimmen). Gegenüber ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 1998 (43,5 Prozent) büßte sie 4,2 Prozentpunkte (237 Tsd. Stimmen) ein. Gegenüber ihrem Europawahlergebnis 1999 (31,6 Prozent) legte sie 7,7 Prozentpunkte (242 Tsd. Stimmen) zu. Die SPD ist im brandenburgischen Landtag in Zukunft mit **37 Sitzen** vertreten, 15 weniger als zuvor und 8 weniger als die absolute Mehrheit. In Zukunft wird sie die Regierungsverantwortung mit CDU oder PDS teilen müssen, wodurch der rot-grünen Bundesregierung im Bundesrat 4 Stimmen u.U. neutralisiert werden.

Die CDU ist der eindeutige Gewinner dieser Wahl. Unter ihrem neuen Spitzenkandidaten Jörg Schönbohm konnte sie ihr Ergebnis der Vorwahl um 7,8 Prozentpunkte (92 Tsd. Stimmen) verbessern und erreichte einen **Zweitstimmenanteil von 26,5 Prozent** (293 Tsd. Stimmen). Insgesamt verringerte sich damit der Vorsprung der SPD gegenüber der CDU von 35,4 auf 12,8 Prozentpunkte. Die CDU erzielte einen leichten Erststimmenüberhang von 2,2 Prozentpunkten und gewann 2 Direktmandate (Elbe-Ester II, Oberspreewald-Lausitz I). Gegenüber ihrem Ergebnis bei der

Bundestagswahl 1998 (20,8 Prozent) gewann die CDU 5,7 Prozentpunkte hinzu, verlor allerdings absolut 28 Tsd. Stimmen. Gegenüber ihrem Europawahlergebnis 1999 (29,1 Prozent) büßte sie 2,6 Prozentpunkte ein, obwohl sie absolut 116 Tsd. Stimmen hinzugewann. Die CDU wird künftig mit **25 Sitzen** (+7) im Landtag von Brandenburg vertreten sein.

Auch die PDS konnte ihr Ergebnis gegenüber 1994 verbessern. Sie erzielte **23,3 Prozent der Zweitstimmen** (257 Tsd. Wähler) und legte damit im Vergleich zur Vorwahl um 4,6 Prozentpunkte zu (57 Tsd. Stimmen). Sie gewann 5 Direktmandate.

## Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bereich Forschung und Beratung

Gegenüber ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 1998 (20,3 Prozent) legte sie 3 Prozentpunkte zu, verlor aber absolut 56 Tsd. Stimmen. Gegenüber ihrem Europawahlergebnis 1999 (25,8 Prozent) büßte sie 2,5 Prozentpunkte ein, obwohl sie absolut 101 Tsd. Stimmen hinzugewann. In der nächsten Legislaturperiode werden **22 PDS-Abgeordnete** (+4) im Landesparlament vertreten sein.

Die rechtsextremen Parteien NPD und DVU traten zum erstenmal bei Landtagswahlen in Brandenburg an. Die Republikaner verzichteten in Absprache mit der DVU auf eine Teilnahme. Die DVU schaffte mit **5,3 Prozent der Zweitstimmen** (58 Tsd. Wähler) auf Anhieb den Einzug in den Landtag. Dieses Ergebnis sichert ihr 5 Sitze. Die NPD erzielte nur

0,7 Prozent der Zweitstimmen (8 Tsd. Wähler) und scheiterte damit klar an der Fünf-Prozent-Hürde.

Ebenfalls an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte das **Bündnis 90/Die Grünen**. Sie sind damit nach 1994 ein weiteres Mal nicht im brandenburgischen Landtag vertreten. Sie büßten 1,0 Prozentpunkt (10 Tsd. Stimmen) ein und erreichten nur noch einen Zweitstimmenanteil von 1,9 Prozent (21 Tsd. Stimmen).

Auch der **FDP** mißglückte zum zweiten Mal hintereinander der Einzug ins Landesparlament. Sie erzielte 1,9 Prozent der Zweitstimmen (20 Tsd. Stimmen) und verlor damit 0,3 Prozentpunkte (3 Tsd. Stimmen) gegenüber der Landtagswahl 1994.

Die Stimmenanteile der **sonstigen Parteien** (inklusive NPD) sind um 1,7 Prozentpunkte zurückgegangen und belaufen sich auf 1,6 Prozent (19 Tsd. Stimmen).

Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegenüber 1994 um ca. 120 Tsd. angestiegen. Es gingen ca. 28 Tsd. Wähler mehr zur Wahl. Die **Wahlbeteiligung** ist damit um 1,9 Prozentpunkte gefallen und lag bei **54,4 Prozent** (1,1 Mio. Wähler).

## Die DVU verfügte über keine Wahlkreiskandidaten

Beim **Stimmensplitting** zeigte sich für CDU und PDS ein Erststimmenplus. Die CDU erreichte bei den Erststimmen 2,2 Prozentpunkte mehr als bei den Zweitstimmen, die PDS 2,0 Prozentpunkte. Der Erststimmenanteil der CDU liegt bei 28,7 Prozent, der der PDS bei 25,3 Prozent. Die SPD hat demgegenüber einen Zweitstimmenüberschuß. Sie erzielt nur 38,2 Prozent der Erststimmen, aber 39,3 Prozent der Zweitstimmen (-1,1 Prozentpunkte). Die DVU verfügte über keine Wahlkreiskandidaten.

## Wesentliche

### Bestimmungsgründe

**1.** Im brandenburgischen Wahlergebnis sind **bundes- und landespolitische Motive untrennbar miteinander verknüpft**. Erstmals fand im Lande dank des CDU-Herausforderers Jörg Schönbohm ein veritabler kontroverser Wahlkampf statt, an dessen Ausgang die SPD die massivsten Einbußen in der deutschen Wahlschicht seit den frühen 50er Jahren hinnehmen mußte.

Für die Hälfte der Wähler spielte die Bundespolitik bei ihrer Wahlentscheidung eine wesentliche Rolle.

Fast **drei Viertel der Brandenburger waren mit der Bundesregierung unzufrieden**. Die Unzufriedenheit machte sich vor allem daran fest, daß das Sparpaket als sozial ungerecht (70 Prozent) und die Rentenpolitik als falsch (54 Prozent) empfunden wurde.

**2.** Aber auch im Lande selbst wurde die politische Entwicklung sehr negativ beurteilt. Mehr als **drei Viertel sahen die wirtschaftliche Situation pessimistisch** und fast die Hälfte (47 Prozent) empfand ihre **eigene wirtschaftliche Lage** als schlecht. Dies ist eine, auch im Vergleich mit anderen Ländern Ostdeutschlands, bemerkenswert negative Selbsteinschätzung. So kam zum negativen Bundestrend eine mehrheitlich negative Leistungsbilanz der **SPD-Landesregierung** hinzu. Sie war am ausgeprägtesten in den zentralen Fragen der **Arbeits- und Ausbildungspolitik, der Wirtschaftspolitik, der inneren Sicherheit und der Bildungspolitik**. Die SPD-Regierung hatte die **Zukunftskompetenz verloren**. Nur noch 42 Prozent der Brandenburger trauten ihr zu, die Probleme der Zukunft alleine lösen zu können, 51 Prozent glaubten, daß eine Regierung unter CDU-Beteiligung dies besser könne.

**3.** Zwar blieb **Stolpe** bis zum Schluß der mit großem Abstand bevorzugte Ministerpräsident (70 Prozent: Schönbohm 22 Prozent), allerdings entschied die Ministerpräsidentenpräferenz wie zuvor in Hessen, aber auch im Saarland, nicht die Wahl. Stolpes hohe Sympathiewerte konnten die Negativeinschätzungen der bundes- und landespolitischen Situation nicht kompensieren, allenfalls könnten sie dazu beigetragen haben, einen noch tieferen Fall der SPD zu bremsen.

Die **SPD** hat vor allem an die PDS (laut Infratest dimap Wanderungsbilanz ca. 41.000 Stimmen) und etwas weniger an die CDU (ca. 33.000) verloren, die stärksten Einbußen aber durch die Nichtwähler bzw. Wahlverweigerer (ca. 52.000) gehabt. Starke Einbrüche hatte die SPD vor allem bei jüngeren Wählerinnen, wo sie rund 20 Punkte verlor, auch bei jungen Männern verlor sie stark. Von den jungen Frauen profitierte vor allem die CDU (+13 Punkte), bei den jungen Männern in erster Linie die DVU. Die größten Verluste für die SPD gab es unter Arbeitern, wo sie von über 60 Prozent auf unter 40 Prozent fiel. Auch bei Arbeitslosen fiel die SPD auf knapp 40 Prozent (-17 Punkte). In beiden Fällen profitierte die DVU und kam auf rund 10 Prozent bei Arbeitern und Arbeitslosen. Der starke Rückgang der SPD hat praktisch alle Bevölkerungsgruppen erfaßt, am geringsten war er noch bei Älteren und besser Gebildeten.

Sie verliert überdurchschnittlich in ländlichen Gebieten im Süden und Nordwesten sowie in Potsdam-Mittelmark.

**4.** Vor diesem bundes- und landespolitischen Hintergrund nahm der **Wunsch nach einem politischen Wechsel** kontinuierlich zu, kurz vor der Wahl wünschten sich die Hälfte der Wähler eine **große Koalition** aus SPD und CDU.

Die **CDU** konnte sich unter ihrem neuen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Schönbohm erstmals als eine **kampfstarke und über ihre Wähleranteile hinaus kompetente Partei profilieren**. Dies galt insbesondere für die Wirtschafts- und Arbeitspolitik sowie für die innere Sicherheit. Dem Spitzenkandidaten **Schönbohm wurden Führungsstärke und Sachkompetenz zugetraut**. Darüber hinaus gelang es ihm innerhalb weniger Monate, die Partei aus dem Tief auf Erfolgskurs zu führen und sie als lösungskompetent und **zukunftsorientiert** zu profilieren.

Die CDU gewann Wähler vor allem von Zugezogenen (ca. 41.000) sowie von der SPD (ca. 33.000), in geringem Maße darüber hinaus von Erst- und bisherigen Nichtwählern (zusammen ca. 10.000). Überdurchschnittlich waren ihre Zugewinne bei jüngeren Frauen und Männern (bis 35 Jahre), so daß die Partei heute ein Altersprofil mit Schwerpunkten in den jüngeren und mittleren Altersgruppen hat, während sie bei älteren (60 Jahre und älter) nur unterdurchschnittlich repräsentiert ist.

Die CDU gewinnt überdurchschnittlich im westlichen Gürtel um Berlin und in städtischen Gebieten. Im Wahlkreis Potsdam-Mittelmark III (Schönbohm) hat sie ihren stärksten Zuwachs (13,2%) und kommt auf 32,5% der Erststimmen.

**5.** Die **PDS** wurde in erster Linie als Protestpartei gegen Bund und Land gewählt. Mit ihrem klassischen Schwerpunktthema „Soziale Gerechtigkeit“ gewann sie fast ausschließlich bisherige (meist ältere) SPD-Wähler (ca. 41.000). Darüber hinaus hat die PDS in Brandenburg ein bemerkenswert schwach entwickeltes Kompetenzprofil. Aber sie konnte in ihrem Stammland wie üblich ihre eigene Anhängerschaft stark mobilisieren. Sie legte vor allem in den Altersgruppen über 45 Jahre zu und hat ihren Wählerschwerpunkt verstärkt bei den mittleren und älteren

Wählern (über 45 und 60 Jahre). Ihre stärksten Zugewinne hat die PDS in ländlichen Gebieten im Norden und Osten.

**6.** Die DVU schöpfte aus einem rechten Protestpotential von etwa 11 Prozent in Brandenburg. Sie profitierte von einer Absprache mit REP, die nicht antraten, und konnte vor allem die hohe **Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation und der Arbeitslosigkeit** auf ihre Mühlen leiten. Die Partei hatte Zulauf aus allen politischen Richtungen, vor allem aber von (meist jüngeren) bisherigen Nichtwählern (ca. 16.000) und Erstwählern (ca. 9.000). Sie kam bei jungen Männern zwischen 25 und 35 Jahre, wo die SPD besonders stark verloren hat, auf Spitzenwerte von über 10 Prozent. Auch unter Arbeitern und Arbeitslosen erreichte die DVU jeweils rd. 10 Prozent. Der Wahlkampf war analog zu Sachsen-Anhalt mit großem finanziellen Aufwand und flächendeckenden Briefsendungen sowie massiven Plakataktionen kurz vor der Wahl geführt worden. Damit konnten aus dem bis zum Schluß hohen Anteil von **Unentschiedenen** (rund 30 Prozent) kurzfristig Stimmen gewonnen werden.

Die DVU gewinnt überdurchschnittlich in ländlichen Gebieten.

Mit dem Einzug der DVU in den brandenburgischen Landtag hat sich ein spezifisch ostdeutscher Trend verfestigt, die Ausbildung eines extrem rechten Milieus unter jungen Männern, das nicht mehr stigmatisiert ist und sich zunehmend als Anti-Milieu zu dem der PDS in einem außer- und antiparlamentarischen Raum entwickelt.

**7.** Bündnis90/Grüne konnten sich, nachdem sie bereits 1994 aus dem Landtag gefallen waren, nicht mehr profilieren. Die ökologischen Themen sind in Brandenburg, wie in den neuen Ländern generell, unterentwickelt. Ihr Führungspersonal ist weit-

*Unter ihrem neuen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Schönbohm hat sich die CDU als eine kampfstärke und über ihre Wähleranteile hinaus kompetente Partei profiliert.*

hin unbekannt, eine eigene Organisationsstruktur fehlt. Schließlich dürfte auch die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung demobilisierend gewirkt haben.

**8.** Auch die FPD konnte sich nach dem Verlassen des Landtags 1994 im Land nicht mehr eigenständig profilieren. Ihr Führungspersonal blieb unbekannt, eine eigene Wählerklientel ist im Lande unterentwickelt, so dass auch ein Abgrenzung gegenüber der CDU kaum möglich war. In der Polarisierung zwischen Schönbohms CDU und der SPD geriet die Partei vollends an den Rand.

**9.** Die Veränderungen der Brandenburg-Wahl zeigen einmal mehr, wie hochgradig beweglich das Gros der Wähler – abgesehen von der PDS – in den neuen Ländern ist, weitaus volatiler noch als die Wähler im Westen. **Die Ergebnisse relativieren aber auch den personellen Faktor.** Hohe Sympathiewerte reichen nicht, wenn sie sich nicht mit Kompetenz verbinden. Themen und Lösungserwartungen treten demgegenüber stärker in den Vordergrund, in den neuen wie in den alten Ländern. Dieser Trend war bereits bei den hessischen Landtagswahlen erkennbar und gilt auch für die saarländischen Landtagswahlen. Schließlich überlagern bundespolitische Bestimmungsgründe die Landtagswahlen zusehends stärker. ■

# Das Wahlergebnis im Saarland und seine Bestimmungsgründe

**Charakteristisch für das Wahlergebnis im Saarland ist der Trend hin zu den beiden großen Volksparteien und das starke Absinken der Wahlbeteiligung.**

Die CDU hat mit 45,5 Prozent die **absolute Mehrheit** der Sitze im saarländischen Landtag erzielt. Das ist das beste Ergebnis seit 1975. Sie gewann 6,9 Prozentpunkte hinzu. 254 Tsd. Wähler gaben der CDU ihre Stimme. Das **sind absolut 34 Tsd. Stimmen mehr als bei der Bundestagswahl 1998**. Allerdings erhielt sie 12 Tsd. Stimmen weniger als bei der Vorwahl. Im Vergleich zu den anderen Parteien fallen ihre absoluten Verluste jedoch unterdurchschnittlich aus. Eine überdurchschnittliche Mobilisierung erzielte sie in ihren Hochburgen. In Homburg, Saarlouis und St. Ingbert liegt sie vor der SPD. Der Aufwärtstrend der CDU zeichnete sich seit den Kommunalwahlen und der Europawahl im Juni diesen Jahres ab, bei der die CDU im Saarland auf 44,9 Prozent kam. Die CDU wird **mit 26 Sitzen (+5) im Landtag** vertreten sein.

Die **SPD** hat ihre absolute Mehrheit eingebüßt und **erreichte 44,4 Prozent** der Wähler. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl **verlor sie 5,0 Prozentpunkte**. Dies entspricht einem **Verlust von 93 Tsd. Stimmen**. Damit hat die SPD von allen Parteien den stärksten absoluten Verlust zu verzeichnen. Insgesamt erhielt die SPD noch 247 Tsd. Stimmen. Analog zum Aufwind der CDU zeichnete sich der SPD Abwärtstrend schon im Sommer diesen Jahres ab. Bei der Europawahl im Juni erzielte die SPD nur 41,3 Prozent. Die SPD **erhält 25 Sitze im neuen Landtag (-2)**.

**Bündnis 90/Die Grünen** haben mit 3,2 Prozent (-2,3 Prozentpunkte) der Stimmen

den Wiedereinzug in den saarländischen Landtag verfehlt. Das Saarland war jedoch noch nie Hochburg der Grünen. Den Grünen ist bislang erst einmal der Einzug in den Landtag geglückt (1994). Die Verluste der Grünen bestätigen einen Trend, der sich seit der Landtagswahl in Hessen stabilisiert hat und bei dem die Grünen deutliche Einbußen hinnehmen müssen. Auf niedriger Ausgangsbasis sind die Verluste im Saarland jedoch beträchtlich. **Die Grünen haben in absoluten Stimmen mehr als die Hälfte ihrer Wähler eingebüßt**. 18 Tsd. Wähler stimmten noch für sie, 20 Tsd. Wähler haben sie verloren.

Die **FDP** konnte ihr Wahlergebnis **leicht verbessern**, vom **Einzug in den Landtag** ist sie dennoch **weit entfernt**. Sie erhielt

## Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bereich Forschung und Beratung

2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen (+0,5 Prozentpunkte). Rund 14 Tsd. Wähler gaben ihr die Stimme. Dies entspricht einem Zuwachs von 39 (!) Stimmen.

Die **sonstigen Parteien** erzielten mit 4,3 Prozent (-0,1 Prozentpunkte) fast das gleiche Ergebnis wie bei der Vorwahl. Auch die Splitterparteien haben Verluste an das Nichtwählerlager zu verzeichnen. Sie erzielten 24 Tsd. Stimmen (-7 Tsd.). Trotz der oberflächlichen Stagnation gibt es einige Veränderungen. **Die PDS trat das erste Mal an und erreichte 0,8 Prozent** der Stimmen (=4.500 Wähler). **Die Republikaner stagnierten etwa bei dem Stand von 1994** und erzielten 1,3 Prozent der Stimmen (-0,1 Prozentpunkte). Insgesamt

kandidierten vier Splitterparteien weniger als vor fünf Jahren. Der Rückzug der Kleinstparteien entspricht einem diesjährigen Wahlrend.

Die **Wahlbeteiligung** ist von 83,5 Prozent um 14,8 Punkte gesunken. Sie erreichte mit 68,7 Prozent einen **historischen Tiefpunkt**. Im Saarland lag die Wahlbeteiligung traditionell hoch und fiel seit 1960 nicht mehr unter 80 Prozent. 132 Tsd. Saarländer sind im Vergleich zur Vorwahl nicht zur Wahl gegangen. **Die Zahl der Wahlberechtigten ging um 13 Tsd. zurück**. Da die letzte Landtagswahl parallel zur Bundestagswahl stattfand, war ein zusätzlicher mobilisierender Faktor, zur Wahl zu gehen, entfallen. Niedrige Wahlbeteiligungen sind allerdings ein Charakteristikum der Wahlen diesen Jahres. Auch bei anderen Wahlen (Bürgerschaftswahl Bremen, Europawahl) sank die Wahlbeteiligung zum Teil beträchtlich. Im Vergleich zur Europawahl ist die Wahlbeteiligung jedoch nicht weiter gesunken, sondern um 8,2 Punkte angestiegen.

## Wesentliche

### Bestimmungsgründe

**1.** Die allgemeine Stimmungslage im Saarland am Vorabend der Wahl war **widerstreitend**. Weitgehende Unterstützung für die Kritik des Ministerpräsidenten an der Bundespolitik verband sich mit Unzufriedenheit über die Landespolitik in weiten Teilen der Bevölkerung. Die eigene Wirtschaftslage wurde weit schlechter eingeschätzt als im übrigen Bundesgebiet. **Der Wunsch nach Wechsel war mit 57 Prozent am Ende stark ausgeprägt.**

**2.** Vor diesem Hintergrund konnte die CDU im Saarland nicht nur von der **großen Unzufriedenheit mit der Bundesre-**

**gierung** (76 Prozent) profitieren; für knapp die Hälfte der Saarländer spielten bundespolitische Themen eine wesentliche Rolle. Die CDU hatte auch in den **entscheidenden landespolitischen Fragen** – Arbeitslosigkeit (78 Prozent), Strukturwandel (28 Prozent) und Bildungspolitik (11 Prozent) – jeweils einen **Kompetenzvorsprung** von 8 bzw. 7 Prozentpunkten. Der Spitzenkandidat der Union lag im direkten Vergleich mit dem amtierenden Ministerpräsidenten zurück. Aufgrund seines hohen Bekanntheitsgrades (76 Prozent) konnte **Peter Müller** aber den Ministerpräsidentenbonus relativieren und in **Schlüsselfragen** – Entwicklung des Saarlandes voranbringen, wirtschaftliche Kompetenz, Führungsstärke – mit seinem **Konkurrenten Klimmt fast gleichziehen**. Die CDU könnte trotz der niedrigen Wahlbeteiligung Mobilisierungserfolge verzeichnen. **Die Gewinne der CDU** kamen somit **nicht aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung zustande**. Sie verlor zwar Stimmen an das Nichtwählerlager (ca. 33.000).

Laut Analyse auf der Wahlkreisebene und der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap wurden diese Verluste durch Gewinne vor allem aus den Reihen der SPD (ca. 26.000) und der Grünen (ca. 8.000) mehr als ausgeglichen. In der Altersgruppe der 18- bis 34jährigen schnitt die Union mit einem Zugewinn von ca. 17 Punkten überdurchschnittlich ab. **Bei den Erstwählern ist sie mit Abstand größte Partei (47 Prozent)**. Mehr als die Hälfte der über 60jährigen unterstützte die CDU. Rückgrat bleiben Beamte (59 Prozent), Landwirte (57 Prozent) und Selbständige (61 Prozent).

**3.** Die alleinregierende SPD wurde in **allen wesentlichen Politikfeldern** – Ausnahme „Soziale Gerechtigkeit“ – als **weniger kompetent als die CDU** eingeschätzt. Der abgewählte Ministerpräsident Klimmt konnte mit seiner Abgrenzungspolitik ge-

genüber der Bundesregierung – drei Viertel der Saarländer unterstützten ihn dabei – möglicherweise einen noch tieferen Fall seiner Landespartei verhindern. Aber die Mehrheit seiner Landsleute (54 Prozent) war mit der Landespolitik generell unzufrieden. Bei den Hauptthemen Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und Bildung verbuchte die Landespolitik nur noch ein gutes Drittel an Zustimmung. **Mehr als die Hälfte des Stimmenverlustes der SPD geht laut Infratest dimap auf das Konto der Nichtwähler; ein Viertel auf das Konto der CDU;** ca. 4.000 Stimmen gewann die SPD von den Grünen. In der Gruppe der Erstwähler blieben die Sozialdemokraten mit 38 Prozent weit unter ihrem Ergebnis. **In der Altersgruppe 18-34 Jahre verloren sie überdurchschnittlich.** Einen überdurchschnittlich starken Anteil erzielten sie bei der mittleren Generation zwischen 35 und 45 Jahren. Die SPD ist bei Arbeitslosen, gewerkschaftlich Organisierten und im Arbeitermilieu etwa doppelt so stark wie die CDU verankert (ca. 60 Prozent).

**4.** Die Polarisierung zwischen den Volksparteien ließ den kleinen Konkurrenten wenig Raum. **Die Grünen** waren im Urteil des saarländischen Wähler zu sehr mit eigenen Problemen und Skandalen beschäftigt. Sie wurden **nicht als eine wichtige Kraft im Lande** gesehen und hatten gleichzeitig mit dem stark ausgeprägten negativen Bundestrend zu kämpfen. Ihre kurz vor dem Wahltag festgezogene Koalitionsaussage war deshalb keine attraktive Option. Obwohl die Grünen bei den 25- bis 34jährigen noch ihren stärksten Rückhalt haben, verloren sie dort überdurchschnittlich. Bei den Erstwählern blieben sie knapp unter dem Gesamtergebnis zurück. Die größte Anhängerschaft findet sich bei den Höhergebildeten, Angestellten und Beamten sowie den Auszubildenden. **Die Grünen verloren mehr Wähler an die CDU (8.000) als an das Nichtwähler-**

## SPD auf dem absteigenden Ast

*Die SPD hat sich ihren Abstieg selbst zuzuschreiben. Nach dem Wahlsieg im vergangenen Jahr war es mit einem Schlag vorbei mit dem inneren Frieden, der Kampf der Richtungen und Flügel schwächt seitdem die Partei. Die Opposition brauchte sich gar nicht erst anzustrengen, jeder einzelne Reformgedanke wurde bereits aus den Reihen der regierenden Sozialdemokraten heraus gekillt. Gerhard Schröder, der im Parteiapparat über wenig Unterstützung verfügt, beginnt erst jetzt mit dem Ausbau einer Hausmacht. Die Wahldebakel dieses 'schwarzen Herbstes' werden aber seine Position kaum stärken. Die konsequente Fortsetzung seiner Reformpolitik wird wohl weiterhin innerhalb des eigenen Lagers torpediert.*

**Magyar Nemzet, Budapest**

**lager oder die SPD.** Das kann auf eine Abkehr vom alten Lagerdenken hindeuten.

**5.** Nur noch 28 Prozent der Saarländer glauben, dass die **FDP** eine wichtige politische Kraft im Lande sei. Die Partei, die schon im letzten Landtag fehlte, hat keine Funktion mehr als Mehrheitsbeschaffer. Aufgrund des Wahlrechts war es ihr auch nicht möglich, zusätzliche Leihstimmen zu gewinnen. **Laut Infratest dimap holte sie von der CDU genau so viele Stimmen wie sie an diese abgab.** Die FDP gewann allerdings überdurchschnittlich bei Erstwählern (5 Prozent) und hat noch starken Rückhalt bei den Selbständigen (8 Prozent).

**6.** Da im Saarland mit der CDU eine attraktive Oppositionsalternative antrat und Anti-System-Protest fehlte, hatten die kleineren Parteien des linken und rechten Flügels kein Feld, auf dem sie ernten konnten.

## Schröders Desaster

Alles Strampeln gegen den Abwärtssog der rot-grünen Bundesregierung hat den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im Saarland und in Brandenburg nichts genützt. In beiden Bundesländern haben sie satte Niederlagen kassiert. In Brandenburg wurde es gar ein Erdbeben. Entgegen allen schwächelnden Meinungsfragen hat Unionsherausforderer Jörg Schönbohm die als uneinnehmbar geltende Bastion Manfred Stolpes schwer beschädigt. Ein Verlust von 15 Prozent in Brandenburg kommt für die SPD einem Desaster gleich – im Land wie im Bund. Offenbar hat das verheerende Bild der Bundes-SPD bei den Brandenburgern den Eindruck verstärkt, dass auch ihre mit absoluter Mehrheit ausgestattete Landesregierung mit vielen Problemen nicht fertig wurde.

Die Welt

## Schwere Zeiten für Schröder

Das Hochgefühl jener, die Rot-Grün als die Zukunft für Deutschland bejubelten, hat nicht einmal ein Jahr gedauert. Seit dem gestrigen Wahlsonntag hat sich das Land zwar nicht grundlegend verändert, aber der Wind des Wechsels weht. Die SPD hat in Brandenburg und dem Saarland gleich zweimal die absolute Mehrheit verloren: Das kann man nur schwer als zufällige Episode abtun. SPD und Grüne haben eine politische Schlacht verloren und werden die Folgen nur mühsam verarbeiten können.

Einen Umstand markieren die beiden Wahlergebnisse jedoch ohne Frage. SPD und Bündnisgrüne haben viele Hoffnungen vom September 1998 enttäuscht. Das bricht ja auch nicht aus blauem Himmel über die Berliner Regierenden herein. Die Europawahl und der Machtwechsel in Hessen waren deutliche Vorboten.

Köln Stadt-Anzeiger

## Verlierer Schröder

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und dem Saarland hat es nur einen Verlierer gegeben – Gerhard Schröder. Die Kanzlerpartei SPD verliert die absolute Mehrheit in Potsdam und muss den Machtwechsel in Saarbrücken hinnehmen, die Bedeutung des grünen Regierungspartners in Berlin sinkt auf Länderebene unaufhaltsam – und die Union holt kräftig auf. Schlimmer hätte es für Schröder kaum werden können. Der SPD-Chef hat zwei schwere rechte Geraden hinnehmen müssen. Noch ist er nicht gefallen, aber er ist schwer angeschlagen. Im SPD-Lager brennt es lichtlos. Ob Franz Müntefering, den Schröder

## Pressestimmen

der als Brandmeister in die SPD-Zentrale holen will, der Flammen Herr werden kann, bleibt abzuwarten. Allein die Tatsache, dass sich Schröder zu derartig weitreichenden Personalentscheidungen zu diesem Zeitpunkt gezwungen sieht, belegt, in welchem miserablen Zustand sich die SPD befindet. Kein Zweifel: Auf den Kanzler kommen schwere Zeiten zu. Sein politischer Handlungsspielraum ist durch die Landtagswahlen noch enger geworden.

Handelsblatt

## Schröders Debakel

Der Verlierer heißt Gerhard Schröder. Da hilft kein Verweis auf die eigenständige Bedeutung von Landtagswahlen in einem föderalen System. Was im Saarland und in Brandenburg abgestraft wurde, war zualtererst die Bundespolitik – vielleicht gar nicht mal so sehr in der Sache als vielmehr in ihrer Unfähigkeit, das für richtig Erachtete dem immer weniger geneigten Publikum nahe zu bringen. ▶

Von Parteienverdrossenheit war in den 80er Jahren oft die Rede, als sinkende Wahlbeteiligungen und Unlust an politischer Mitarbeit sich als neue Phänomene abzeichneten. Dieser Verdross hat nun einen konkreteren Namen: Er richtet sich allein gegen die Sozialdemokraten. Ihnen kehren die Anhänger den Rücken, meist nicht um zu den konservativen oder grünen Konkurrenten überzulaufen, sondern es treibt sie in die häusliche Resignation, die politische Askese. Mehr noch als in den – allerdings dramatischen – Stimmeinbußen manifestiert sich in der geringen Wahlbeteiligung in Brandenburg wie im traditionell abstimmungsfreudigen Saarland die Irritation, die SPD-Anhänger in Zeiten der SPD-Herrschaft erleiden. In knapp einem Jahr hat Schröder an Glaubwürdigkeit verspielt, wofür Helmut Kohl anderthalb Dekaden brauchte.

### Frankfurter Rundschau

#### Bittere Lektion

Mit Schröders SPD ist zur Zeit kein Staat zu machen: Nach der Pleite in Hessen ist die Lektion für die Genossen im Saarland und in Brandenburg erneut bitter und schmerzhaft.

Der Triumph der CDU und die katastrophale Niederlage der SPD dürfte Schröder das Regieren in Berlin noch schwerer als ohnehin schon machen.

Das Ergebnis ändert vorerst zwar nichts an den Machtverhältnissen im Bundesrat, doch Schröder wird mehr auf Kompromisse als bisher setzen müssen.

Der Verlust der Saar und das Desaster in Potsdam bedeuten auch: Für Schröder dürfte die Zeit der Machtwörter vorbei sein – im innerparteilichen Streit über den richtigen Kurs der SPD oder im Umgang mit dem grünen Partner. Der läuft nach den neuerlichen empfindlichen Schlappen Gefahr, mit in den Abgrund gerissen zu werden.

Express

#### Kein Schröder-Land

Schock für die SPD, Triumph für die CDU: Trotz aller Klimmt-Züge ist es dem saarländischen Ministerpräsidenten nicht gelungen, die Nase über der Reckstange der Macht zu halten. In Brandenburg kann Ministerpräsident Stolpe zwar mit einem Partner weiterregieren. Aber Verluste der SPD von ungefähr fünfzehn Prozentpunkten kommen dort einem Desaster gleich.

Brandenburg und das Saarland haben bei allen Unterschieden eines gemeinsam: Es sind Problemländer, die Schwierigkeiten gern dem Bund ankreiden. Spötter wollen wissen, Stolpe und Klimmt hätten ihre Wahlkommentare schon vorher geübt: Gewöhnen sie, hätten sie sagen wollen, das sei ihnen trotz Schröder gelungen; verlören sie, sollte es heißen, das sei wegen Schröder geschehen. Kurz vor den Landtagswahlen sagten Umfragen, nur noch 37 Prozent aller wahlberechtigten Deutschen hielten Schröder für einen guten Kanzler; dagegen fänden 52 Prozent, er sei „kein so guter Kanzler“. Entsprechend gab nur ein Drittel der Wahlberechtigten an, sie würden im Falle einer Bundestagswahl die SPD wählen.

### Frankfurter Allgemeine

#### Kalter Herbst für Schröder

Die SPD hat ihre Wähler verloren, Gerhard Schröder verliert seine Partei. Mit den Landtagswahlen in Brandenburg und Saarland – einem Debakel für die rot-grüne Koalition – wird offenbar, dass für den deutschen Kanzler eine bedrohliche Entwicklung eingesetzt hat. Er werde sein Sparprogramm konsequent durchziehen, meinte Schröder noch am Wahlabend trotzig – als ob er die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Berlin, die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen bereits abgeschrieben habe. Es wird ein kalter deutscher Herbst für den Kanzler.

Kurier, Wien

## Nichts geht mehr auf dem Arbeitsmarkt

**Zu der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Nach den Wahlen im Saarland und in Brandenburg muß Bundeskanzler Gerhard Schröder nun auch auf dem Arbeitsmarkt eine verheerende und zugleich peinliche Niederlage verantworten. Nichts geht mehr auf dem Arbeitsmarkt. Gerade einmal 3.424 Arbeitslose sind im vergangenen Monat von der Straße geholt worden. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen sogar um 4.000 gestiegen.

Statt immer nur Geld in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit zweifelhafter Wirkung zu pumpen, sind kreative Ansätze gefragt. Aber gerade hier hat

die Regierung Schröder nichts zu bieten. So werden beispielsweise von den gut 1 Mrd. DM, die den Arbeitsämtern jährlich für innovative Maßnahmen zur Verfügung stehen, nur ein Viertel tatsächlich eingesetzt.

Besorgniserregend ist vor allem die Situation in den neuen Bundesländern, wo die Zahl der Arbeitslosen um 11.000 gestiegen ist. Von der vor Jahresfrist vollmundigen Ankündigung, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen, ist nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die neuen Bundesländer werden von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Es droht ein gespaltener Arbeitsmarkt, der die Unterschiede zwischen Ost und West zementieren würde.

## Schröder hat die gestiegene Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu verantworten

**Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Michael Luther:**

Wieder sind die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland bedrohlich gestiegen. Die von Gerhard Schröder angestrebte Wende auf dem Arbeitsmarkt ist hier klar gescheitert. Ganz im Gegenteil: Schröders verfehlte Politik bringt für immer mehr Menschen Arbeitslosigkeit mit sich. Die neuen Länder werden von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.

Die versprochene Chefsache Aufbau Ost erschöpft sich offenkundig nur in ihrer medienwirksamen Ankündigung. Schröders tatsächliche Politik richtet sich gegen die Menschen in den neuen Ländern.

Arbeitsplatzsichernde oder -schaffende Maßnahmen, wie z.B. der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, werden auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Immer mehr Menschen sehen, daß Schröders Chefsachen keine Verheißungen, sondern Drohungen sind, ob es sich um den Aufbau Ost, das 630-DM-Gesetz oder Scheinselbständigkeit handelt.

# Den 1998 einsetzenden Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt verwirtschaftet

**Zur Arbeitsmarktbilanz im Monat August 1999 erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:**

Bundeskanzler Schröder hat die Arbeitsmarktpolitik zur „Chefsache“ erklärt. Derartige Ankündigungen müssen offenbar immer mehr als Drohung verstanden werden. Tatsache ist: auch im Monat August ist kein positives Signal am Arbeitsmarkt erkennbar. Die Zahl der arbeitslosen Menschen in Deutschland sank gegenüber dem Vormonat um lediglich 3.424. Ein Jahr zuvor, unter Verantwortung der alten Bundesregierung, waren es noch knapp 40.000 Arbeitslose weniger. Saisonbereinigt steigt die Arbeitslosigkeit an. In weniger als einem Jahr hat die Schröder-Regierung den in 1998 einsetzenden Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt verwirtschaftet.

Eine ungerechte Steuerpolitik, die Rücknahme notwendiger Reformschritte, eine chaotische Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung und der sogenannten Scheinselbständigkeit haben das Klima für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung in Deutschland nachhaltig ver-

schlechtert. Die regierungsamtlichen Wechselbäder zwischen unbedachten Ankündigungen, rasch folgenden Demen-tis, handwerklich fehlerhafter Gesetzgebung und ständigem Nachbessern haben dem Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland schweren Schaden zugefügt. Neue zukunftssichere Arbeitsplätze bleiben eine Fehlannonce. Insbesondere in den neuen Ländern bietet die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt Anlass zur Sorge.

## Die Perspektiven verdunkeln sich

**Zu den Arbeitsmarktdaten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Matthias Wissmann:**

Am Arbeitsmarkt ist weiterhin keine Entspannung in Sicht. Die schwache gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik reicht für eine Belegung des Arbeitsmarktes nicht aus. Hinzu kommt die Inflexibilität des überregulierten deutschen Arbeitsmarktes. Die Regierung Schröder sollte begreifen, dass Flexibilitätsspielräume nicht weiter eingengt werden dürfen. Zwei Beispiele hierfür: das 630-Mark-Gesetz und die „Scheinselbstständigkeitsregelung“.

## Gegen jede Form von Diskriminierung

**Zwischen der CDU Deutschlands und den Lesben und Schwulen in der Union (LSU) fand am 3. September ein informelles Gespräch statt. Die CDU wurde vertreten durch Generalsekretärin Angela Merkel. Für die LSU nahm der Vorsitzende Martin Herdieckerhoff teil.**

Die CDU akzeptiert die unterschiedlichen Lebensform-Entscheidungen von

Menschen und wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung. Für Generalsekretärin Angela Merkel handelt es sich bei der LSU um eine gesellschaftliche Gruppe, der die CDU als Volkspartei für ein Gespräch offen steht. Im Vorfeld des kleinen Parteitages zur Familienpolitik wird die CDU alle gesellschaftlichen Gruppen, darunter die LSU, zu ihrem familienpolitischen Leitanspruch anhören.

Wolfgang Schäuble:

## Eichels Show-Sparpaket

**Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Regierung in kurzer Zeit so viel Vertrauen enttäuscht und verloren wie die Regierung Schröder in den zehn Monaten ihres Bestehens. Deshalb ist nur zu verständlich, dass Schröder nach dem Sommertheater bestrebt ist, Ballast abzuwerfen und den Eindruck zu vermitteln, das Steuer werde herumgeworfen.**

Aber es bleibt bei substanzlosem Aktionismus in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: von der Manipulation der Rentenversicherung über die Beschädigung unseres Gesundheitssystems bis zu der in Wahrheit nur unzureichenden Sparaktion.

Die Regierung Schröder hat Reformen rückgängig gemacht und durch Finanzierungstricks ersetzt. Weil die kollektiven Systeme am Rande der Leistungsfähigkeit sind, führt gewiss kein Weg daran vorbei, auf der Ausgabenseite zu sparen. Das, was Herr Schröder und Herr Eichel allerdings vorlegen, sind keine Sparkonzepte, sondern lediglich Umverteilungen. Man erhöht die Bezinsteuer, um Geld in die Kassen der Sozialversicherung zu pumpen. Verschwiegen wird, dass Rot-Grün mit dem Bundeshaushalt 1999 die Gesamtausgaben des Bundes gegenüber 1998 um fast 30 Milliarden DM kräftig ausgeweitet und einen weiteren Anstieg eingeplant hat. Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe sind nicht präzisiert, und bloße Luftbuchungen werden großspurig als „Einsparungen“ ausgegeben. Schließlich sinken die gesamten Investitionsausgaben des Bundes bis zum Jahr 2003 auf nur noch 53 Milliarden DM, obwohl die Subventionen weiter steigen. Und dennoch hat Eichels Haushalt höhere

Ausgaben für 2000 vorgesehen, als sie von Theo Waigel geplant waren.

Letztlich versucht Schröder, auf dem Rücken von Rentnern und Arbeitslosen das von seiner Regierung selbst verschuldete Haushaltsloch zu stopfen. Während der Finanzminister von einer Beendigung der Verschuldung spricht, will er dem Bundeshaushalt in Wirklichkeit von 1999 bis 2003 mehr als 220 Milliarden DM neue Schulden aufbürden. Die bloßen Verschiebungen vom Bund auf andere öffentliche Haushalte sind keine echten Einsparungen: Mit dem Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe und des Wohngeldes für Sozialhilfempfänger und der Beteiligung der Länder am Unterhaltsvorschußgesetz werden Länder und Gemeinden im Jahr 2000 mit vier Milliarden DM, bis zum Jahr 2003 mit 17 Milliarden DM belastet. Die Staatsquote und die Abgabenhöhe kann man so nicht senken, der Bürger muss weiter zahlen. Ich nenne das Showsparen. Weder der Haushalt 2000 noch der Finanzplan bis 2003 enthalten Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Dies ist um so schlimmer, als die chaotische Steuerpolitik Schröders und sein Schlingerkurs bereits deutlich zur Verunsicherung von Wirtschaft und Bevölkerung geführt haben.

Reformen sind notwendig, aber man muss sie richtig machen. Wer wie Schröder nur auf kurzfristige Show statt auf langfristige Substanz setzt, zerstört Reformbereitschaft. Wer Reformen tatsächlich erreichen will, darf nicht Vertrauen systematisch enttäuschen, sondern muss sich beständig um Verständnis in allen Teilen der Bevölkerung bemühen. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind dafür Voraussetzung. ■

# Hier kann Sparen tödlich sein

**Bundesinnenminister Otto Schily will die Zuschüsse des Bundes für die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe um zwei Drittel kürzen. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Erste Hilfe rettet Leben – keine Frage! Dennoch will Innenminister Otto Schily die Zuschüsse seines Ministeriums für die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe drastisch zusammenstreichen: Von heute 15,7 Mio DM will er diesen Ansatz auf nur noch 5,3 Mio DM im Jahr 2000 kürzen. Mit diesem Beitrag zum sogenannten Sparpaket der Schröder-Regierung begibt Schily sich auf einen lebensgefährlichen Weg – im wahrsten Sinn des Wortes:

Jede 9 Millionen Menschen verunglücken jedes Jahr in Deutschland, allein 520 000 auf unseren Straßen. Bis zu 20 Prozent dieser Notfallpatienten könnten überleben, wenn innerhalb der ersten fünf Minuten

nach dem Unfall gezielte Erste-Hilfe-Maßnahmen einsetzen würden. Repräsentative Studien belegen jedoch, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung überhaupt keine Ausbildung in Erster Hilfe hat und daher als unmittelbarer Lebensretter ausfällt. Angesichts dieser Fakten täte mehr Ausbildung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen not, nicht weniger!

All dies scheint den verantwortlichen Bundesinnenminister jedoch nicht zu bekümmern – im Gegenteil: Ab 2001 will er dem Vernehmen nach den Bundeszuschuss sogar ganz streichen.

Schilys Plan geht nicht nur zu Lasten der Unfallopfer, sondern missachtet das unermüdete Engagement der Hilfsverbände (ASB, DLRG, DRK, Johanniter, Malteser), den Kenntnisstand der Bevölkerung in Sachen Erster Hilfe zu verbessern. Diese unsoziale Politik zu Lasten der Unfallopfer kann nicht die Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden.

## Deutschland braucht den Transrapid

**„Verkehrspolitik muß in Jahrzehnten denken, die Entscheidung für unsere zukünftige Mobilität brauchen wir deshalb schon heute“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf v. Wartenberg, am 1. September in Köln.**

Anlass war die Auszeichnung des Designers der Magnetschwebbahn Transrapid Europa, Alexander Neumeister, im Rahmen einer Veranstaltung der Design-Initiative der deutschen Wirtschaft. Wartenberg unter-

strich, dass Neumeister schon 1984 das Design für den Transrapid, der bedeutendsten Innovation in der Geschichte spurgebundener Verkehrssysteme, geschaffen hat. Genauso lange dauere inzwischen die Diskussion über eine erste Anwendungsstrecke im eigenen Land. Wartenberg betonte, Deutschland brauche einen offenen Umgang mit Innovationen, neuen Ideen und ihrer Verwirklichung auch im Verkehr. Moderne Volkswirtschaften verdankten ihre wirtschaftliche Leistungskraft zum großen Teil technischen Neuerungen.

# Müntefering – ein Abgang mit Glaubwürdigkeitsdefiziten

Zur Ablösung des Bundesbauministers Müntefering erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Münteferings sich abzeichnendes Ausscheiden aus dem Bundeskabinett wird ihn der Gefahr entheben, für die Folgen eines rot-grünen Ausstiegs aus der Wohnungsbaupolitik als Bauminister den Offenbarungseid leisten zu müssen.

Es ist bislang kaum etwas darüber bekannt geworden, welchen aktiven Anteil er an den Entscheidungen Schröders hatte, das selbständige Bauministerium zu zerschlagen, die Wohnungspolitik in der Regierungserklärung totzuschweigen und durch zwei Bundeshaushaltspläne und ihre Begleitgesetze weitgehend substanzlos zu machen. Fakt ist jedenfalls, daß Müntefering in seiner Amtszeit nicht durch sachbezogenen Widerstand mit eigenen wohnungspolitischen Konzepten auffiel. Unter diesen Umständen mag es schwer fallen, ihm wenigstens das Attribut „er hat sich bemüht“ nachzusagen, das die SPD dem zur UN wechselnden damaligen Bauminister Töpfer zugestand. Das ressort- und kompetenzbezogene Engagement einer Gerda Hasselfeldt, Irmagard Schwaetzer und eines Klaus Töpfers setzte Maßstäbe, von denen sich Müntefering deutlich absetzte.

Der alte und neue Wahlkampfmanager der SPD, der auf entscheidende Stellen seines Ministeriums marketingerfahrene Leute aus der Parteizentrale hievte, tat sich stattdessen als „Nebelkönig“ (Tucholsky) der Wohnungs- und Städtebaupolitik hervor. So feierte er den Griff in die Kasse des sozialen Wohnungsbaus, um damit ein Programm „soziale Stadt“ aus der Taufe zu

heben, als Verstärkung der Städtebauförderung. Die versprochene „Weiterentwicklung“ der Eigenheimförderung entpuppte sich als konsequenter Abbau staatlicher Anreize. Die soziale Wohnungsbauförderung, erklärter „Schwerpunkt“ seiner Wohnungspolitik, streicht er binnen zweier Haushaltsjahre um 60 % zusammen. Beim Wohngeld bluffte er Anfang des Jahres die Öffentlichkeit, er habe jetzt das Geld für eine Leistungsverbesserung zusammen, dann vertröstete er auf eine Novelle noch in diesem Jahr, dann in 2000 und schließlich erst im Jahre 2001; wegen der Einbindung in das Sparpaket der Bundesregierung, um per Saldo den Bund um Milliarden Wohngeldkosten zu Lasten der Gemeinden zu entlasten, stellt auch dieser Vorstoß momentan nicht mehr dar als ein Russisch-Roulette-Spiel.

## Wortbruch und Wählertäuschung

Müntefering hat die Mahnung, mit „Wunsch und Wolke“ müsse jetzt Schluß sein, zu seinem Lieblingspruch gemacht, wohlwissend, daß die SPD mit „Wunsch und Wolke“ ihre Oppositionsjahre und den letzten Bundestagswahlkampf bestritten hatte. „Wunsch und Wolke“ ist Synonym für „Wortbruch“ und „Wählertäuschung“, mit denen er sich sogar aus eigenen Reihen wegen seiner Bereitschaft, Wohnungen aus dem Eisenbahnvermögen und der Frankfurter Siedlungsgesellschaft zu veräußern, Kritik zuzog. Kein Wunder, dass er sich angesichts solcher Brüche mit sozialdemokratischen Versprechungen und Traditionen quasi als Schutzschild gegenüber der Parlamentarischen Opposition auf arrogantes Auftreten und Verweigerung konstruktiven Sachdialogs verlegte. ■

# Die CDU auf der Suche nach einer tragfähigen familienpolitischen Konzeption

Mit der Verabschiedung der Erfurter Leitsätze im April dieses Jahres hat die CDU als Partei den Auftrag erhalten, einen sog. „kleinen Parteitag“ vorzubereiten, der sich ausschließlich mit dem Thema Familie beschäftigt. Das Präsidium der CDU hat daraufhin eine Familienkommission unter Leitung von Generalsekretärin Angela Merkel berufen.

Die Aufgabenstellung des Erfurter Parteitages für die Kommission lautet:

- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter als familienpolitische Kernaufgabe des 21. Jahrhunderts
- Verbesserungen des Betreuungsangebots für Kinder bis zum 16. Lebensjahr
- Neukonzeption des Familienleistungsausgleichs nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 19. Januar 1999

## Mitten im Leben: Familie

- Weiterentwicklung des Ehegattensplitting zum Familiensplitting
- Aufwertung der Erziehungsleistung von Eltern während in Zeiten der Kindererziehung wie im Rentenrecht
- Flexibilisierung des in den 80er Jahren eingeführten Erziehungsurlaubs mit Weiterbeschäftigungsgarantie
- Besondere Hilfestellung für Kinder alleinerziehender Eltern
- Prüfung der geltenden Rechtsprechung auf Einschränkung oder Behinderung für Familien.

Nach Konstituierung der 30köpfigen Familienkommission am 7. Juni 1999 wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die mit den Schwerpunkten

- ▶ Familienleitbild,
- ▶ Familienförderung,
- ▶ Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
- ▶ Stärken der Erziehungsfähigkeit

eine zukunftsfähige Konzeption für die Familienpolitik der CDU erarbeiten sollen.

Neben Gesprächen mit Wissenschaftlern und Experten wurden inzwischen vier öffentliche Anhörungen in verschiedenen Teilen unseres Landes durchgeführt.

### Stuttgart: 20. Juli

Die erste Expertenanhörung der Familienkommission der CDU „Familie und Mittelstand“ hat am 20. Juli in Stuttgart stattgefunden. Sie wurde am 20. August ergänzt um ein Gespräch der Unternehmerfrauen im Handwerk mit dem Präsidenten der Deutschen Handwerkskammer.

Hintergrund ist, daß im Mittelstand mehr Menschen als in Großunternehmen arbeiten und strukturelle Veränderungen wegen der klassischen Betriebsgrößen mit 5 bis 15 Beschäftigten gelegentlich leichter, oftmals aber auch schwieriger zu bewältigen sind.

Ziel dieser Anhörungen war,

- konkret etwas über die Familienfreundlichkeit in den Betrieben zu erfahren,
- die Bedeutung der mittelständischen Familienunternehmen für die Leistungsbereitschaft unserer Gesellschaft zu konkretisieren,

● die Wünsche an Hilfestellungen durch die Politik kennenzulernen.

## Düsseldorf: 17. August Leipzig: 25. August

Die zweite und dritte Anhörung mit dem Schwerpunkt „Familie und ergänzende Hilfen“ mit einem nahezu identischen Fragenkatalog haben am 17. August in Düsseldorf und am 25. August in Leipzig stattgefunden. Sie beschäftigten sich mit den Lebensumständen und den sozialen Problemen von Familien, deren Situation durch eine immer größer werdende Pluralisierung der Lebensformen, eine fehlende Dynamisierung bei den Leistungen des Staates und einem Ungleichgewicht zwischen Familien mit und ohne Kindern gekennzeichnet ist. Expertinnen und Experten aus der Familienberatung, der Familienbildung, der Schule, den Jugendämtern, der Polizei und der Kommunalpolitik berichteten über Veränderungen des Familienlebens in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten, aber auch vor welche besonderen Probleme Familien in den neuen Ländern zehn Jahre nach der Wiedervereinigung gestellt sind.

Ziel beider Anhörungen sollte sein,

- ▶ einerseits Darstellung der Situation von Normalfamilien,
- ▶ heute angebotenen Formen der Hilfestellung,
- ▶ Bedarfsdeckung,
- ▶ bestehende Defizite,
- ▶ notwendig Weiterentwicklungen.

Aus dem Gesamtbild sollen sich die erforderlichen Lösungsansätze der Politik ergeben, die insbesondere das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen.

Über wenigens waren sich die beiden deutschen Staaten vor 1990 so einig wie über die Bedeutung der Familie: Beide Verfas-

sungen schützten die Familie als Institution, als Komplex von Normen. Galt sie den einen als „Keimzelle der Gesellschaft“ war sie den anderen „Grundkollektiv der sozialistischen Gesellschaft“. Auf der einen Seite grenzte die Verfassung der alten Bundesrepublik das Recht der Bevölkerung aus dem Einflüßbereich des Staates aus, während die Verfassung der DDR dem Staat eine Eingriffsmacht auf die Gesellschaft zugestand. 1999 zeigt sich, daß die Probleme deutscher Familien nicht nach Ost und West unterschieden werden können, sich allerdings Entwicklungsprozesse im Osten Deutschlands stärker zugespitzt, verschärft und oft dramatischer zeigen.

## Saarbrücken: 31. August

Die vierte Anhörung hat am 31. August in Saarbrücken mit dem Schwerpunkt „Familienpolitik in Europa - Erfahrungen unserer Nachbarn“ stattgefunden.

Die unmittelbare geographische Nähe zu Frankreich und Luxemburg hat zu einer regen Kooperation auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens geführt. Dabei erschien es wichtig, die Familienpolitik unserer Anrainerstaaten Frankreich, Luxemburg und der Niederlande sowie ihre Lösungsansätze kennenzulernen, und ob es vielleicht Ansätze einer europäischen Familienpolitik in einem zusammenwachsenden Europa gibt. Arbeitslosigkeit mit teilweise gravierenden Auswirkungen auf Familien ist beispielsweise kein spezifisch deutsches Problem – ebenso wenig wie Beziehungsprobleme mit nachfolgender Trennung und Scheidung. Auch gibt es in allen europäischen Ländern Schutzregelungen für schwangere Frauen und finanzielle Hilfen für Familien, deren Ausgestaltung allerdings historisch bedingt unterschiedlich vorgenommen wurde.

Im September werden nicht nur das von der CDU-Fraktion in Auftrag gegebene IFO-Gutachten zu steuerlichen und Trans-

## ...dann hätte das Innenministerium die Presse falsch informiert

**Presse und Abgeordnete erhalten vom Bundesministerium des Innern widersprüchliche Informationen über die Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Angesichts der zunehmenden Kritik an den Streichplänen der Bundesregierung scheint sich das Bundesministerium des Innern nicht entscheiden zu können, ob es Nebelkerzen werfen oder die Wahrheit über Pläne der Bundesregierung verkünden soll:

● Auf die Frage von mehreren Oppositionsabgeordneten nach Plänen zur Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) antwortete Otto Schily Staatssekretärin Brigitte Zypries (SPD), dass dies noch geprüft werde. Und weiter: „Da sich diese Prüfungen erst in der Anfangsphase befinden, sind zur Zeit, wofür ich um Ihr Verständnis bitte, keine Aussagen über

bestimmte Einzelheiten der künftigen Aufgabenwahrnehmung möglich.“

● Seltsam nur: Bereits einen Tag zuvor hatte das BMI der Presse definitiv bestätigt, dass die Auflösung des BZS geplant sei.

Man reibt sich verwundert (und verärgert!) die Augen: Entweder war die Prüfung bereits abgeschlossen und die BZS-Auflösung ausgemachte Sache – dann hätte die Staatssekretärin die parlamentarischen Fragen an der Wahrheit vorbei beantwortet. Oder aber die Prüfung war noch nicht abgeschlossen – dann hätte das BMI die Presse falsch informiert. Dritte Möglichkeit: Die Staatssekretärin weiß nicht, was in ihrem Ministerium geschieht.

Jede dieser drei Un-Möglichkeiten muss für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Innenminister Schily sollte seine oberste Beamtin zur Achtung des verfassungsrechtlich geschützten parlamentarischen Fragerechts anhalten!

ferleistungen des Staates, sondern auch die Ergebnisse der Anhörungen und Fachgespräche auf dem Tisch liegen. Daraus wird ein Antrag entwickelt werden, den der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 11. Oktober verabschieden muß, um ihn unmittelbar danach an die Untergliederungen der Partei sowie die Vereinigungen verschicken zu können.

**Danach haben bis zum 11. November alle antragsberechtigten Organisationsformen die Möglichkeit, den vorliegenden Antrag zu prüfen und zu ergänzen. Auf dem Hauptausschuss**

**am 13. Dezember, dem sog. kleinen Parteitag kann dann die Neukonzeption zu Familienpolitik verabschiedet werden, die der heute gelebten Wirklichkeit Rechnung trägt.**

Mit der Aufgabenstellung, ein modernes familienpolitisches Konzept zu entwickeln, betritt diese Kommission kein Neuland. Gerade in jüngster Zeit sind insbesondere aus den Vereinigungen bedenkenswerte Vorschläge zur Weiterentwicklung unserer Familienpolitik gekommen und werden in die Arbeit der Kommission einbezogen.

# Zukunft der Pflegeversicherung

Anlässlich eines Pressegesprächs am 23. August in Berlin erklärte der Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der Pflegeversicherung, Ulf Fink:

Der Pflegeversicherung droht ernste Gefahr durch den beabsichtigten Griff in die Einnahmenkasse der Pflegeversicherung infolge des Eichel-Sparpakets.

## Finanzpolster für die Pflegeversicherung geschaffen

Der verzögerte Leistungsbezug von vier Monaten nach der 1. Beitragszahlung, eine stufenweise Einführung der Pflegeleistungen und eine exakte Leistungsbeschreibung und -begrenzung schafften ein solides Polster von heute 9,5 Mrd. DM.

Allen politischen Begehrlichkeiten zum Trotz wurde diese Finanzreserve in den letzten Jahren erfolgreich für die Pflegebedürftigen von morgen verteidigt.

Schaut man sich die aktuelle Entwicklung der Pflegeversicherung genauer an, sieht man, wie vorausschauend dies war. Das Hauptpolster wurde nämlich in den ersten beiden Jahren der Einführung der Pflegeversicherung 1995/1996 geschaffen. Danach flachte die Überschussentwicklung deutlich ab. Der Ausgabenzuwachs in den Jahren 1997 und 1998 war deutlich stärker als der Einnahmenezuwachs. Die Konsequenz war: der Überschuß sank.

Der Mittelbestand der Pflegeversicherung wuchs, wie **Tabelle 1** zeigt.

Nach Berechnungen des Bundesversicherungsamtes unter Berücksichtigung der Ausgaben-/Einnahmen-Entwicklung des ersten Halbjahres 1999 wird im Jahr 1999 erstmals kein Überschuß mehr zu erwarten sein. Erstmals muß mit einem – wenn

**Die Qualität einer Sozialpolitik entscheidet sich daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die keine Lobby haben.**

auch geringen – Defizit von etwa 20 Mio. DM gerechnet werden. Hierbei sind die Mehrbelastungen durch das 4. SGB XI-ÄndG berücksichtigt.

## Defizit durch Eichel-Sparpaket

Sollte nun die mit dem Eichel-Sparpaket beabsichtigte Absenkung der Beiträge im Rahmen der Arbeitslosenhilfe von 80 Prozent des beitragspflichtigen Arbeitnehmerentgeltes als Bemessungsgrundlage auf die tatsächlich gezahlten Gelder Platz greifen, würde das zu jährlichen Mindereinnahmen der Pflegeversicherung von mindestens 400 Mio. DM führen. Nach neuesten Berechnungen des Bundesversicherungsamtes für

Tabelle 1

Mittel-ist	31.12. 1996		7,8 Mrd. DM
	31.12. 1997		9,39 Mrd. DM
	31.12. 1998		9,64 Mrd. DM
<b>Jahr</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>Ausgaben</b>	<b>Differenz</b>
1997	31,18 Mrd. DM	29,62 Mrd. DM	ca. 1,6 Mrd. DM
1998	31,29 Mrd. DM	31,04 Mrd. DM	0,25Mrd. DM

Jahr	Einnahmen DM	Ausgaben DM	Differenz	DM Mittel-ist DM
2000	31,45 Mrd.	32,30 Mrd.	-0,85 Mrd.	8,75 Mrd.
2001	31,70 Mrd.	32,80 Mrd.	-0,90 Mrd.	7,85 Mrd.
2002	31,95 Mrd.	33,30 Mrd.	-1,35 Mrd.	6,50 Mrd.

Quelle: Bundesversicherungsamt

Tabelle 2

die kommenden Jahre ergäbe sich eine Entwicklung, wie die **Tabelle 2** zeigt.

Dies bedeutet, die ohnehin absehbare defizitäre Finanzentwicklung der Pflegeversicherung in den kommenden Jahren wird bei Verwirklichung der Eichel'schen Entlastungsmaßnahmen zu Gunsten des Bundesetats zu Lasten der Pflegeversicherung noch einmal deutlich erschwert.

Bei Fortdauer dieser Entwicklung müßten spätestens im Jahr 2005 entweder die Beitragssätze erhöht oder die Leistungen gekürzt werden.

Diese Entwicklung ist umso kritischer zu werten, als bei allen Finanzberechnungen keinerlei Leistungsanpassung (Dynamisierung) unterstellt wurde. Dies ist aber undenkbar.

Unterstellt man auch nur eine 1-prozentige Anhebung der Pflegeleistungen zum Ausgleich der Preissteigerungen und Lohn erhöhungen pro Jahr, müßte man dafür einen zusätzlichen Betrag, beispielsweise im Jahre 2002 von über 1,5 Mrd. DM unterstellen.

## Im Einklang mit allen Experten und auch der Opposition

Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß die Bundesregierung im Einklang mit allen Experten und der Opposition die Notwendigkeit anerkennt, zusätzlich etwas für die Demenzkranken tun zu müssen. Der dafür notwendige Betrag muß mit mindestens 500 Mio DM pro Jahr beziffert werden.

Es ist unerfindlich, wie die Bundesregierung und die sie tragende Koalition dies

mit der im Gesetz festgehaltenen Verpflichtung vereinbaren will, einen Beitragssatz von 1,7 Prozent nicht zu überschreiten.

## Pflegeversicherung – hier fehlt die Lobby – systemwidrige Eingriffe

Dass es sich bei dieser Beitragsverminderungsmaßnahme um ein lediglich finanzielles Manöver, aber um eine völlig unsystematische Maßnahme handelt, ist leicht erkennbar: Für die Pflegeversicherung gilt der Grundsatz: Pflegeversicherung folgt der Krankenversicherung. Dies gilt für alle wichtigen Fragen (vom Personenkreis, der Beitragsbemessungsgrenze bis zur Finanzierung). Bei der Krankenversicherung findet die ursprünglich beabsichtigte Absenkung der Beiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger nach Protesten der am Gesundheitswesen Beteiligten aber nicht statt. Bei der Pflegeversicherung soll die Absenkung hingegen stattfinden.

Ein systematischer Grund wird auch von der Bundesregierung nicht angeführt.

Für die Qualität der Sozialpolitik aber bleibt entscheidend, daß es in der Bundesrepublik Deutschland nicht so sehr darauf ankommen darf, wer die stärkste Lobby hinter sich hat, sondern daß es darauf ankommen muß, was sachlich geboten ist.

Für die Zukunft einer sozialen Ordnungspolitik ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, die im Eichel'schen Sparpaket geplante Fehlentscheidung zu korrigieren.

## Kommission Humane Dienste:

### Vorsitzender:

Ulf Fink, MdB

### Mitglieder:

Dieter Hanz

Ministerialdirigent

Prof. Klaus F. Zimmermann

Direktor des Internationalen Instituts  
für Arbeit (IZA) Bonn

Dr. Eckart Fiedler

Vorsitzender des Vorstandes der  
Barmer Ersatzkasse (BEK)

Günter Dibbern

Mitglied des Vorstandes der DKV AG

Karl Jung, Staatssekretär a.D.

Vorsitzender des Bundesausschus-  
ses der Ärzte und Krankenkassen  
e.V. Köln

Prof. Dr. Eberhard Wille

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre

Baldur Wagner

Staatssekretär a.D.

Gerhard Schulte

Vorstandsvorsitzender

BKK Landesverband Bayern

Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Löwisch

Institut für öffentliches Recht

Hermann-Josef Arentz, MdL

Vorsitzender des Bundesfachaus-  
schusses für Gesellschaftspolitik  
der CDU

Dr. Ulrich Roppel  
Bundesknappschaft

Dr. Manfred Zipperer  
Ministerialdirektor a.D.

Annette Widmann-Mauz, MdB

Wolfgang Lohmann, MdB  
Gesundheitspolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Peter Rauen, MdB

Vorsitzender der Mittelstands- und  
Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

### Sachverständige:

Dr. Herbert Rische  
Präsident der Bundesanstalt für Ar-  
beit

Dr. Rudolf Grupp  
Min.Direktor a.D.

### Ständige Gäste:

Dr. Helmut Fogt  
Leiter der Planungsgruppe der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Volker Schmidt  
Leiter des Planungstabes der CDU  
Niedersachsen

Albert Markstahler  
Referent für Gesundheit und Pflege  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

### Wissenschaftliche Assistenz:

Maria G. Becker,  
Referentin für Sozialpolitik  
in der Planungsgruppe  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Unsere  
Elektronischen  
Adressen:

● INTERNET

[http://www.  
cdu.de](http://www.cdu.de)

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

# Bürger wollen sich entfalten und nicht bevormunden lassen

Mehr als 600 Zuhörer waren der Einladung der CDU Deutschlands und des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zum rechtspolitischen Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“ am 27. August nach Dresden gefolgt. Vor gefüllten Reihen sprachen neben dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Wolfgang Schäuble, der Ministerpräsident des Freistaates, Prof. Kurt Biedenkopf sowie der Staatsminister der Justiz des Freistaates Sachsen, Steffen Heitmann.

In einer Podiumsdiskussion widmeten sich neben dem Staatsminister weiterhin die Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof, Monika Harms, der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Rupert Scholz, die Vorsitzende der CDU-Präsidiumscommission „Spielraum für kleine Einheiten“, Christa Thoben, und Oberlandesgerichtspräsident a.D., Dr. Rudolf Wassermann, der zentralen Frage, wieviel Verrechtlichung unsere Demokratie verträgt. Die Veranstaltung wurde von dem Vorsitzenden des BACDJ, Herbert Helmrich MdL, moderiert.

Mit lang anhaltendem Beifall begrüßten die Teilnehmer des Kongresses den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Biedenkopf, zu seiner mit Spannung erwarteten Rede zum Thema „Die Wechselwirkung zwischen Recht und Freiheit“. Zu Beginn seiner Ausführungen machte der Ministerpräsident deutlich, dass Recht und Freiheit in einem gegenseitigen Spannungsverhältnis stünden. Freiheit müsse zudem als Freiheit in Verantwortung und Verlässlichkeit verstanden werden. Mit Besorgnis betrachtete der Ministerpräsident die immer stärker fortschreitende Entwicklung zum Interventi-

onsstaat. Dieser führe zu einem bevormundenden Staat, der der Freiheit des Bürgers immer weniger Raum und Entfaltungsmöglichkeit lasse. Letztlich aber, so betonte der Ministerpräsident, sei der Interventionsstaat ein schwacher Staat, weil er sich von verschiedenen Interessen abhängig mache. Der Ministerpräsident kritisierte, dass durch eine ständig wachsende Überregulierung keine Antworten auf drängende Fragen unserer Zeit gegeben würden. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, sich mit den Sachverhalten einer schnell verändernden Wirklichkeit zu befassen. Als Beispiele nannte er die Fortentwicklung moderner Technologien und Kommunikationswege sowie die Schaffung innovativer Netzwerke.

---

## Weniger Staat – mehr Freiheit des Bürgers

---

Schließlich forderte Kurt Biedenkopf den Gesetzgeber dazu auf, sich in seinem Regelungsverhalten stärker zurückzunehmen. Dieses ermögliche insbesondere der Verwaltung, stärker zu gestalten, und verhindere, sich lediglich auf die Durchführung und den Vollzug von Gesetzen zu beschränken.

Die immer wieder von Beifall begleitete Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Wolfgang Schäuble, stand unter der Überschrift „Weniger Staat – mehr Freiheit des Bürgers“. In dieser nahm der Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU ausführlich zur Überwucherung, insbesondere des wirtschaftlichen und beruflichen Handelns des Bürgers Stellung. Eindringlich warnte er vor einem Erstickungstod durch eine ausufernde Gesetzgebung. Kritik übte er an der rot-grünen Bundesregie-

nung, die mit den Regelungen zur sogenannten Scheinselbständigkeit und den 630-DM-Jobs jede Deregulierung und Verschlankung des Staates verhindere. Jede Verschlankung des Staates sei jedoch nur dann glaubwürdig, wenn zugleich die Bürger in ihrer Steuer- und Abgabepflicht deutlich entlastet würden.

---

### Eine Art „Dehnungsfuge“

---

Die Verwaltung forderte Schäuble dazu auf, wieder mehr gestaltende Verwaltung als vollziehende Bürokratie zu sein. Die öffentliche Verwaltung müsse sich mehr als Dienstleistungsunternehmen verstehen und als Genehmigungsbehörde laufende Projekte während der Planung konstruktiv begleiten. Von den viel diskutierten „Neuen Steuerungsmodellen“, wie Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung, Einführung der Kosten-Leistungsrechnung sowie Optimierung von Verwaltungsabläufen müsse stärker Gebrauch gemacht werden. Unbestimmte Rechtsbegriffe seien als eine Art „Dehnungsfuge“ im staatlichen Gebäude auch weiterhin notwendig. Darüber hinaus stelle sich die Frage der Notwendigkeit einer diesbezüglichen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle.

Wolfgang Schäuble forderte ferner dazu auf, von den Gesetzestechniken der Gesetzesfolgenabschätzung, einer wirksamen Gesetzesfolgenabschätzung, der Öffnungs- und Experimentierklausel sowie der Genehmigungsfiktion stärker Gebrauch zu machen.

Für eine Freiheitssicherung sei auch in Zukunft eine klare Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen erforderlich. Auf horizontaler Ebene sei eine Bündelung der Zuständigkeiten notwendig, in der Effizienz und Entscheidungsstärke die maßgebenden Kriterien sein müssen. Auf europäischer Ebene forderte er eine „Charta der Zuständigkeiten“. Zu Beginn der Podiumsdiskussion

verwies der Vorsitzende des BACDJ, Herbert Helmrich, auf das Verdienst der CDU, die die deutsche Einheit erfolgreich genutzt habe, um die Übernahme des überkomplizierten Rechts, wie es sich in der alten Bundesrepublik Deutschland entwickelt habe, zu vermeiden. Angesichts einer dennoch in den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen steigenden Gesetzesflut forderte der Vorsitzende die Podiumsteilnehmer dazu auf, gemeinsam nach neuen Lösungsmöglichkeiten einer spürbaren Deregulierung sowie Entlastung der Justiz zu suchen.

Prof. Rupert Scholz, der als Vorsitzender die Sachverständigenkommission „Schlanker Staat“ geleitet hatte, machte zunächst auf die Flut mit derzeit etwa 85.000 Gesetzen auf Bundesebene aufmerksam. Um einem sicheren „Erstickungstod durch eine Überregulierung“ zu entgehen, mahnte der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages eine stärkere Kontrolle der inhaltlichen Qualität einer Regelung (Gesetzesfolgenabschätzung) an. Unter Hinweis auf die erfolgreiche Politik der CDU-geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl forderte Prof. Scholz dazu auf, auch in Zukunft staatliche Aufgaben grundsätzlich zu reduzieren und zu begrenzen. Unternehmerische Tätigkeiten sollte der Staat weitestgehend Privaten überlassen.

---

### Mangelnder Konsens

---

Monika Harms stellte zunächst eine Tendenz des Missbrauchs von Gesetzen in der strafrechtlichen Praxis fest. Hierfür sei jedoch weniger eine Überkompliziertheit der Gesetze als vielmehr ein mangelnder Konsens über das Gemeinwohl verantwortlich. Das eigentliche Problem bestehe in der mangelnden Bereitschaft vieler Menschen, mit eigenen Interessen gegenüber dem Gemeinwohl zurückzutreten. Die

Vorsitzende des fünften Strafsenats des Bundesgerichtshof (Leipziger Senat) rief dazu auf, zu einer stärkeren Akzeptanz der Rechtsordnung zurückzukehren. Die zentrale Frage der Podiumsdiskussion müsse lauten, auf wieviel Verrechtlichung der Staat verzichten könne, ohne funktionsuntüchtig zu werden. Der eigentliche Grund für eine abnehmende Akzeptanz des Rechts sei ein fortschreitender Werteverfall, dem es gelte, Einhalt zu gebieten.

Christa Thoben machte zu Beginn ihrer Ausführungen auf die CDU-Präsidiums-kommission „Spielraum für kleine Einheiten“ aufmerksam, mit der die CDU ihre Kompetenz zur Verschlankung und Erneuerung des Staates verdichte und ein entsprechendes Bewußtsein wecke. Als vordringliche Aufgaben bezeichnete Frau Thoben Lösungsvorschläge zum Abbau von Mischfinanzierungen und der Schaffung von klaren Zuständigkeitsregelungen sowie Kompetenzabgrenzungen. Gesetzliche Regelungen müßten ihrer Meinung nach so ausgestattet sein, dass sie nicht zur Selbstverständlichkeit würden, wie dies häufig bei der Bewilligung von Subventionen der Fall sei.

---

## Erforderlichkeit prüfen

---

Mit eindringlichen Worten warnte Rudolf Wassermann davor, in der Diskussion um Deregulierung und Entbürokratisierung Kritik an Recht und Gesetz schlechthin zu üben. Eine moderne Gesellschaft benötige eine größere Zahl an Gesetzen. Um so wichtiger sei eine strenge Erforderlichkeitsprüfung (Gesetzesvermeidung). Gesetzen wie dem von der rot-grünen Bundesregierung vorgelegten Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung bescheinigte der ehemalige Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig bloßen Symbolwert und reinen Aktionismus. Mit dem Problem der Überregulierung, so erinnerte

Wassermann, sei oft untrennbar eine Ineffizienz der gesetzlichen Regelung verbunden. Allzu großen Erwartungen an einer Reduzierung der Gesetzesflut machte der langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialdemokratischer Juristen keine Hoffnung. Schließlich sei der „Mensch aus krummen Holz gemacht“.

Staatsminister Heitmann eröffnete sein Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion mit einer Gegenthese. Er unterstrich, dass die Demokratie der Verrechtlichung bedürfe. Der Ruf nach einer unabhängigen Justiz sei eine zentrale Forderung der friedlichen Revolution in der DDR im Jahre 1989 gewesen.

---

## Bilanz und Ausblick

---

In seinem Schlusswort widmete sich der Staatsministers der Justiz des Freistaates Sachsen dem Thema „Rechtspolitik in Sachsen – Bilanz und Ausblick“. In seinen Ausführungen bezog sich Heitmann auf die Landesgesetzgebung, die Beteiligung an der Bundesgesetzgebung Bund sowie auf die europäische Rechtsentwicklung.

Mit dem Gerichtsorganisationsgesetz, dem Nachbargesetz und dem Schiedsstellengesetz habe der Freistaat Sachsen wichtige Bereiche der Landesgesetzgebung geregelt. Als vordringliche Aufgaben der Landesgesetzgebung nannte der Staatsminister ferner das gesamte bestehende Recht auf Vereinfachungsmöglichkeiten zu durchforsten. Er beabsichtige, ein Landesjustizgesetz zu erarbeiten, das sämtliche landesrechtlichen Zuständigkeits-, Ausführungs- und Einzelbestimmungen, die den Justizbereich betreffen, zusammenfasse. Der Staatsminister hob das in Sachsen entwickelte Modell zur besseren Bekämpfung des Ladendiebstahls, die Verbesserung des Rechtshilfeverkehrs mit den Nachbarländern sowie das Bauprogramm für Justizvollzugsanstalten in Sachsen hervor.

## Zahl der Meister-BAföG-Empfänger weiter angestiegen

**Die Zahl der Empfänger von Meister-BAföG ist im vergangenen Jahr um 7,4 Prozent gestiegen, während um 1,3 Prozent weniger Studenten Bafög bezogen.**

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, erhielten knapp 53.000 Männer und Frauen das Meister-BAföG zur Finanzierung ihrer beruflichen Fortbildung. Das waren 3.630 mehr als 1997.

Der Anstieg hatte 1997 – im Jahr nach der Einführung des Meister-BAföGs – noch 60 Prozent betragen. Uwe Kleinheges vom Statistischen Bundesamt sprach von einer Normalisierung der Zahlen. Zwei Drittel der Empfänger

nutzten das Geld für die Ausbildung zum Handwerksmeister, ein Drittel unter anderem für die zum Techniker und zum Betriebswirt.

Die meisten Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 30-Jährigen mit einem Anteil von 40 Prozent. 1998 betrug die Förderzusagen insgesamt rund 342 Millionen Mark. Sie wurden als Zuschüsse zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung oder als Darlehenszusage gewährt. Der durchschnittliche Beitrag zum Lebensunterhalt pro Monat betrug 1.211 Mark. Davon wurden 39 Prozent als Zuschuss und 61 Prozent als Darlehen gewährt.

Die rot-grüne Bundesregierung mahnte Staatsminister Heitmann zu einer kooperativen Zusammenarbeit in der Justizpolitik, was insbesondere für die angekündigte Justizreform gelte. Gesetzgeberisches Handeln sei zwischen Bund und Ländern etwa auch in der Verbesserung der Zahlungsmoral notwendig. Die Länder seien durch den Bundesrat auch dazu aufgerufen, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die sich in Gesetzgebungsverfahren des Bundes Berücksichtigung fänden, entgegenzuwirken. Als Beispiel nannte der Staatsminister die von der Bundesregierung angestrebte rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. In der aktuellen Föderalismusdiskussion gelte es, die eigenen Interessen des Landes gegenüber dem Bund zu wahren.

In der europäischen Rechtsentwicklung biete Art. 23 GG auch den Ländern eine institutionalisierte Handhabe, bei Entscheidungen auf europäischer Ebene ein-

bezogen zu werden. Sachsen werde sich, so versicherte der Minister, aktiv an der Verfassungsdiskussion auf europäischer Ebene beteiligen. Insbesondere gelte es, die justizielle Zusammenarbeit innerhalb Europas zu verbessern.

Am Ende seiner mit lang anhaltendem Beifall bedachten Rede hob der Staatsminister hervor, dass nur die Durchsetzung des Rechts ohne Ansehen der Person Freiheit garantiere.

Das rechtspolitische Zukunftsforum der CDU Deutschlands wurde von einer Präsentation des elektronischen Grundbuchs sowie der Ausstellung eines transportablen Haftraums begleitet. Das elektronische Grundbuch wurde vor vier Jahren im Freistaat Sachsen aufgebaut und wird in fünf weiteren Bundesländern genutzt. Den transportablen Haftraum stellte der Verein Brücke e.V. zur Verfügung, der sich um die Resozialisierung von Strafgefangenen bemüht. ■

# Aussiedlerintegration ist vorrangiges Politikziel

**Anlässlich der Vorstellung des Regierungskonzeptes „Aussiedler 2000“ durch den Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Welt, erklärten die aussiedlerpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eva-Maria Kors, und der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk:**

Richtig ist, daß es in Deutschland um eine sozial verträgliche Integration der zu uns kommenden Aussiedler gehen muß. Wenn Integrationsmaßnahmen verstärkt werden, wird dies von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht kritisiert. Die geringfügige Erhöhung des Fonds für besondere Integrationshilfen von 32 Mio. DM in 1998 auf 42 Mio. DM in 1999 und auf geplante 45 Mio. DM in 2000 als große Ruhmestadt zu verkaufen, geht jedoch fehl. Denn Rot-Grün verringerte die Hilfen für Spätaussiedler insgesamt

- im Vergleich zum Haushalt 1998 um 576 Mio. DM und
- im Vergleich zum Haushaltsentwurf Waigel für 1999 um 8,4 Mio. DM.

Die angekündigten Erhöhungen für Integrationsmaßnahmen sind lediglich Umschichtungen aus den von Kürzungen sehr erheblich betroffenen Titeln für Rückführung und Erstaufnahme.

Welts Ankündigung, das Wohnortzeuweisungsgesetz über Juli 2000 hinaus verlängern zu wollen, leuchtet angesichts des ohnehin stark gesunkenen Zuzugs von Aussiedlern nicht ein. Hier ergeben sich erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, da dadurch das Grundrecht auf Freizügigkeit im Bundesgebiet eingeschränkt wird.

Unklar ist, was die von Welt angekündigte Prüfung erbringt, eine sprachliche Qualifizierung in den Herkunftsgebieten zum Aussiedlungskriterium zu machen. Bei den Antragstellern erfolgt bereits ein sog. Sprachtest. Unabhängig davon bleibt die Bundesregierung aufgefordert, die Vermittlung der deutschen Sprache in den Siedlungsgebieten der Aussiedler zu verstärken und dafür zu werben.

## Erfolge nicht zu leugnen

Die Erfolge der Aussiedlerpolitik der Regierung Kohl lassen sich nicht leugnen. Trotz des Konsolidierungs- und Sparzwanges wurden auch am Ende der Amtszeit jährlich mehr als 2 Mrd. DM für Maßnahmen der Aussiedlerintegration ausgegeben, davon rund 1,3 Mrd. für Sprachkurse und (berufliche) Eingliederungshilfen. Besondere Integrationsprogramme wie z.B. „Sport mit Aussiedlern“ stießen auf große Resonanz. Der vom Aussiedlerbeauftragten Welt offensichtlich sehr geschätzte Fonds für besondere Integrationshilfen vor allem für junge Aussiedler beim Bundesverwaltungsamt in Köln wurde unter Bundeskanzler Kohl eingerichtet.

Darüber hinaus wurden in den Siedlungsschwerpunkten der Spätaussiedler viele Projekte gefördert und Hilfen gewährt, so dass den Menschen dort eine Bleibeperspektive vermittelt werden konnte. So wurden Häuser und Wohnungen, Gewerbegebiete und kulturelle und soziale Einrichtungen gefördert und errichtet. Es entstand auch eine Vielzahl von Begegnungszentren. In Russland und Kasachstan wurde an 1000 Orten außerschulischer Deutschunterricht aufgebaut.

**tun SIE WAS, SONST TUT SICH NIX.**

KOMMEN SIE ZUR CDU

CDU  
mitten im Leben.

**tun SIE WAS, SONST TUT SICH NIX.**

● **Aufnahmeantrag mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben**

(Set mit 8 verschiedenen Versionen)

Bestell-Nr.: **6719**

Verpackungseinheit: 200 Expl.

Preis: 0,00 DM

● **Tun Sie was, sonst tut sich nix**

Mitgliederwerbeproschüre mit Aufnahmeantrag

Bestell-Nr.: **6525**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 29,00 DM

**Schröder AUF SCHLEUDERKURS.**

CDU  
mitten im Leben.

● **Beitragsstaffel als Beilegekarte zum Aufnahmeantrag**

Bestell-Nr.: **6720**

Verpackungseinheit: 150 Expl.

Preis je 150 Expl.: 0,00 DM

● **Broschüre: Schröder auf Schleuderkurs**

Seit Dienstantritt befindet sich die Schröder-Regierung auf einem permanenten Schleuderkurs. Anhand von Pressestimmen dokumentiert diese Broschüre die Arbeit der rot-grünen Bundesregierung.

Bestell-Nr.: **5630**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 30,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## ● CDU-Windbreaker

(jetzt auch in Kindergröße erhältlich)

Größe	Bestell-Nr.
S (Kinder 158-176)	9459
M	9460
L	9461
XL	9462
XXL	9463

Preis je Expl.:  
29,90 DM

Alle Preise gelten zzgl.  
MwSt. und Versand. Ab  
einem Warenwert von  
50,- DM werden keine  
Versandkosten berechnet.  
Eilzustellungen werden  
gesondert nach Aufwand  
in Rechnung gestellt.



# UID

27/1999

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**  
**halt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg  
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon  
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**  
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113  
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.  
**Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-  
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.  
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM.  
**Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** **VVA** Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.